

# offen-siv

---

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4-2024

---

Spendenempfehlung: 3,00 €

## *Neue Kommunistische Partei der Niederlande:*

# **Imperialismus und aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen**

**Text des Zentralkomitees zur Parteikonferenz vom 24. Juni 2023.  
Veröffentlicht auf Solidnet am 06.02.2024.**

**Quelle:**

**<http://solidnet.org/article/NCP-of-the-Netherlands-Conference-text-Imperialism-andcontemporary-developments-in-international-relations/>**

*Vorbemerkung der NCPN zur Veröffentlichung auf Solidnet:*

*Am 24. Juni 2023 veranstaltete die NCPN einen Parteitag, an dem Delegierte aus dem ganzen Land teilnahmen. Diskutiert wurden unter anderem die Finanzen der Partei und die Nutzung der sozialen Medien. Von zentraler Bedeutung für die Konferenz war die Diskussion über den Imperialismus und die aktuellen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, die in der beigefügten pdf-Datei nachgelesen werden kann. Dieser vom Zentralkomitee vorbereitete Text wurde von allen Parteigliederungen gelesen, die daraufhin Delegierte zur Konferenz schickten, um gemeinsam zu diskutieren. Mit diesem Text trägt die NCPN zur Imperialismus-Diskussion bei, die aus einer Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen besteht, opportunistische Ansichten über den Imperialismus kritisiert, die leninistische Auffassung des Imperialismus verteidigt und konkrete Leitlinien für unsere ideologische Arbeit über den Imperialismus und den Aufbau einer antiimperialistischen Friedensbewegung liefert.*

Redaktionsnotiz.....	5
Einleitung.....	6
I. Die Bedeutung der leninistischen Konzeption des Imperialismus.....	8
Imperialismus: Der Kapitalismus in seinem Monopolstadium.....	11
Kapitalexport als treibende Kraft der globalen Entwicklung des Kapitalismus.....	14
Das internationale imperialistische System und das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung....	16
Schmarotzertum und Fäulnis des Imperialismus.....	19
Die Arbeiteraristokratie als spaltender Faktor in der Arbeiterbewegung.....	22
Imperialismus als sterbender Kapitalismus und Vorabend der sozialistischen Revolution.....	24
Das schwächste Glied und die Möglichkeit des Sieges der sozialistischen Revolution in einem Land.....	25
II. Allgemeine Veränderungen in den internationalen Beziehungen und deren Verzerrung.....	28
Die Auflösung des Kolonialsystems.....	28
Falsche Vorstellungen über die heutigen ungleichen und abhängigen Beziehungen.....	30
Der Einfluss von falschen Vorstellungen über den Imperialismus auf die Bewegung.....	33
Missverständnisse und Illusionen über den aufstrebenden Imperialismus.....	34
III. Aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen.....	37
Entwicklungen in der internationalen Wirtschaft.....	37
Neuausrichtung des internationalen Kräfteverhältnisses.....	39
Verschärfung der internationalen Widersprüche.....	41
Entwicklungen in imperialistischen Bündnissen.....	44

IV. Imperialistischer Krieg und die Haltung  
der Kommunisten im Kampf um den Frieden.....52  
    Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und die  
    leninistische Strategie gegen  
    den imperialistischen Krieg.....56  
    Leitlinien für unsere ideologische Arbeit zum  
    Imperialismus und den Aufbau einer  
    antiimperialistischen Friedensbewegung.....73

### **Impressum**

#### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Homepage: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Wir legen Euch hier einen Text der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande (NCPN) als Sonderheft unserer Zeitschrift vor, weil dieser Text in beispielhaft klarer und gleichzeitig auch verständlicher Weise die aktuellen Verhältnisse des Imperialismus analysiert. Die Arbeit ist fest auf den wissenschaftlichen Forschungen unserer Klassiker gegründet, betet diese aber nicht einfach nur nach, sondern bezieht deren Erkenntnisse auf die Weiterentwicklungen vor allem in den vergangenen 30 Jahre, die Zeit nach der Konterrevolution in der Sowjetunion und dem sozialistischen Osteuropa und damit auch auf heute. Das Ganze ist einfach und überschaubar dargestellt in einer klaren, logischen Form.

Nun ein Wort zu unseren Veröffentlichung-Planungen: Wir wollen mit diesem Heft das Thema der aktuellen Imperialismusanalyse für unsere Zeitschrift vorläufig abschließen, denn denjenigen, die den Charakter der jetzigen imperialistischen Verhältnisse nach all den Erfahrungen der vergangenen Jahre und all den veröffentlichten Analysen darüber noch immer nicht wahrhaben wollen, wird sich dies auch nicht mehr erschließen, denn sie wollen es nicht begreifen.

Das heißt natürlich nicht, dass wir vom Imperialismus Stillstand erwarten, nein, ganz im Gegenteil: die Widersprüche werden sich weiter verschärfen und damit die Kriegsgefahr. Deshalb werden alle neuen Entwicklungen hier selbstverständlich weiterhin der Analyse unterzogen werden.

Wir danken den niederländischen Genossen sehr für diese sehr gute Arbeit und wir danken dem Genossen Marc Galwas sehr für die Übersetzung dieses Textes.

### **Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## Einleitung

Die Entwicklungen in den Niederlanden und in der Welt sind beunruhigend. Es ist offensichtlich, dass die Widersprüche in vielen Bereichen zunehmen. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich. Wir hören, dass Monopole Arbeitsplätze, Innovation und Wirtschaftswachstum schaffen. Doch kaum ist die eine Wirtschaftskrise vorbei, steht schon die nächste vor der Tür. Öffentliche Dienstleistungen, Rechte und Einkommen der Arbeiterklasse werden abgebaut, während die Kapitalisten riesige Gewinne machen. Nicht nur der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital verschärft sich, auch der Wettbewerb und die Gegensätze innerhalb der Kapitalistenklasse und zwischen verschiedenen kapitalistischen Staaten nehmen zu. Es gibt Krisenherde und Kriege in verschiedenen Teilen der Welt, wie zum Beispiel den Krieg in der Ukraine. Wir hören, dass diese Kriege für „Demokratie“, „Selbstbestimmung“ und „Minderheitenschutz“ oder gegen Fundamentalismus oder Faschismus geführt werden. Oft benutzt der Gegner dieselben Vorwände.

All diese Entwicklungen werfen Fragen auf. Warum nimmt die Verarmung zu, obwohl Wissenschaft und Technik den Menschen immer mehr Möglichkeiten bieten, ein besseres Leben zu führen? Warum kommt es überhaupt zu internationalen Konflikten und Kriegen? Gewähren internationale Bündnisse, an denen die Niederlande beteiligt sind, wie die NATO und die EU, unseren Frieden und unsere Sicherheit, wie die bürgerlichen Parteien behaupten? Wie können wir als Kommunisten die komplexen und widersprüchlichen Entwicklungen in der Welt richtig einschätzen und eine effektive Strategie für den Kampf entwickeln?

All diese Probleme hängen mit der Frage des Imperialismus zusammen. Ein richtiges Verständnis des Imperialismus und eine richtige Einschätzung der Beziehungen und Entwicklungen in den Niederlanden und in der Welt sind für den Kampf der Arbeiterklasse unerlässlich. Deshalb haben sowohl der 7. Parteitag 2022 als auch die 9. Generalversammlung des CJB 2020 die Bedeutung des Studiums des Imperialismus und der gegenwärtigen internationalen Beziehungen betont. Konkret heißt es in dem auf dem 7. Parteitag verabschiedeten Beschluss zum Parteiaufbau:

*„Eine wichtige Aufgabe für die Partei ist die Bildung über den Imperialismus und das Studium, um ein besseres Verständnis der heutigen internationalen Beziehungen zu entwickeln. Von zentraler Bedeutung ist dabei, den Imperialismus auf leninistische Weise zu verstehen, als Monopolkapitalismus, als ein Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus. Dies ist wichtig, weil es viele bürgerliche und opportunistische Theorien gibt, die die antiimperialistische Bewegung verwirren und den Ausgangspunkt für reformistische Theorien sind.*

*Zum Beispiel wird Imperialismus oft als aggressive Außenpolitik der USA und einiger Länder in Nordwesteuropa verstanden. Länder mit gegensätzlichen Interessen werden daher oft fälschlicherweise als antiimperialistisch angesehen. Dies ist ein vereinfachender Ansatz, der die wirtschaftliche Grundlage (Monopolkapitalismus) und andere wichtige Aspekte des Imperialismus außer Acht lässt.*

*Es gibt auch Konzepte der internationalen Beziehungen, die veraltet sind, weil sie z. B. von einem starken sozialistischen Block oder einem Kolonialsystem ausgehen, obwohl der starke sozialistische Block weitgehend zerfallen und das Kolonialsystem zusammengebrochen ist (auch wenn es noch Reste davon gibt, wie z. B. die niederländischen Kolonien in der Karibik).*

*Außerdem ist ein gutes Verständnis des Imperialismus wichtig, um den Charakter der imperialistischen Interventionen und Kriege zu verstehen“.*

So wies der Kongress auch auf die Notwendigkeit hin, bürgerliche und opportunistische Theorien über den Imperialismus zu untersuchen und zu bekämpfen. Es gibt viel Verwirrung über den Imperialismus und die gegenwärtigen internationalen Beziehungen, die von der Kapitalistenklasse angeheizt wird, um den antiimperialistischen Kampf zu verwirren.

Dieser Konferenztext dient als weitere Ausarbeitung der Kongressbeschlüsse und ist damit auch ein Schritt zur Vorbereitung der Erstellung des neuen Parteiprogramms. Dieses Parteiprogramm wird die Strategie der Partei darlegen. Die Ausarbeitung der richtigen Strategie beginnt mit einer korrekten Analyse der Verhältnisse, die heute durch den Imperialismus, den Kapitalismus in seinem Endstadium, gekennzeichnet sind.

Dieser Text soll dazu beitragen, gemeinsam ein besseres Verständnis des Imperialismus und der internationalen Beziehungen<sup>1</sup> heute zu erlangen. Natürlich ist dies ein sehr umfangreiches und komplexes Thema, das viele Facetten hat. Es wäre unmöglich, es im Rahmen einer einzigen Konferenz vollständig zu behandeln. Ziel ist es, einen Beitrag zur Aufklärung über dieses Thema zu leisten, bestimmte wichtige Aspekte und Tendenzen der aktuellen Entwicklungen aufzuzeigen, bürgerliche und opportunistische Ansätze zu kritisieren und weitere Studien und Forschungen zu ermöglichen.

Im Einzelnen gliedert sich die Publikation in vier Abschnitte, die folgende Aspekte beleuchten:

- I. Die Bedeutung der leninistischen Konzeption des Imperialismus
- II. Allgemeine Entwicklungen in den internationalen Beziehungen und deren Verzerrungen
- III. Aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen
- IV. Imperialistischer Krieg und die Haltung der Kommunisten im Kampf für den Frieden

## I. Die Bedeutung der leninistischen Konzeption des Imperialismus

Imperialismus wird oft mit Kolonialismus in Verbindung gebracht. So wird dieser Begriff zum Beispiel in der Schule gelehrt. Imperialismus wird aber auch oft mit einer aggressiven Außenpolitik der USA oder einiger starker

---

<sup>1</sup> Der Begriff "Internationale Beziehungen" wird häufig für die Untersuchung der Interaktionen zwischen Staaten, internationalen Organisationen usw. verwendet ("internationale betrekkingen" auf Niederländisch). In diesem Dokument wird der Begriff "internationale Beziehungen" jedoch als Übersetzung von "internationale verhoudingen" verwendet, womit wir uns auf die internationalen Beziehungen in einem viel breiteren Sinne beziehen, einschließlich der wirtschaftlichen Basis (in den Produktionsbeziehungen usw.), der internationalen Situation, der Gesetze der Entwicklung usw.



Staaten gegen schwächere Staaten in Verbindung gebracht. Diese aggressive Außenpolitik kann die Form einer politischen Einmischung, eines Wirtschaftskriegs oder sogar einer militärischen Intervention annehmen. Es gibt die Tendenz, „den Westen“ oder die USA mit dem Imperialismus zu identifizieren. Diese Tendenz ist in verschiedenen „linken“ sozialdemokratischen und opportunistischen Publikationen, in den bürgerlichen Medien und unter bürgerlichen Akademikern, aber auch in der internationalen kommunistischen Bewegung weit verbreitet.

Die verschiedenen bürgerlichen und opportunistischen Theorien beleuchten zweifellos Phänomene, die in der Tat auf die eine oder andere Weise mit dem Imperialismus verbunden sind. Doch sie stiften Verwirrung, weil sie nicht richtig zum Wesen und zu den Ursachen der Phänomene vordringen. Sie bieten kein geeignetes Verständnis des Charakters der heutigen internationalen Beziehungen, der Rolle der internationalen Bündnisse und Organisationen, der Ursachen von Interventionen und Kriegen usw. In Strategien, die auf der Grundlage bürgerlicher oder opportunistischer Theorien entwickelt werden, wird der antiimperialistische Kampf vom antikapitalistischen Kampf abgekoppelt. Infolgedessen wird die Arbeiterbewegung von dem einen oder anderen Teil der Bourgeoisie manipuliert und benutzt. Bourgeoise und opportunistische Imperialismustheorien haben daher einen schädlichen Einfluss auf die Bewegung.

Obwohl allgemein anerkannt wird, dass wirtschaftliche Interessen im Imperialismus eine Rolle spielen, wird der Imperialismus sowohl in der bürgerlichen als auch in der opportunistischen Literatur meist als eine Angelegenheit der Außenpolitik oder der internationalen Beziehungen gesehen, losgelöst von der wirtschaftlichen Basis und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Entwicklungen in der Politik und in den internationalen Beziehungen können jedoch nicht von Entwicklungen in der Wirtschaft und den Produktionsverhältnissen getrennt werden. Im Jahr 1916 lieferte Lenin eine ausführliche Erläuterung des Imperialismus in „Der Imperialismus, die höchste Stufe des Kapitalismus“. Das Ziel dieses Werkes war es, „ein zusammengesetztes Bild des kapitalistischen Weltsystems mit seinen internationalen Beziehungen zu

Beginn des 20. Jahrhunderts“ zu zeichnen.<sup>2</sup> Lenin beschrieb dabei die dialektische Beziehung zwischen der wirtschaftlichen Grundlage und den politischen Aspekten des Imperialismus. Lenin betrachtete den Imperialismus als ein Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus. Genauer gesagt, definierte er den Imperialismus als „das Monopolstadium des Kapitalismus“.<sup>3</sup>

Als Lenin dieses Werk schrieb, wurden bereits Texte von bürgerlicher und opportunistischer Seite verfasst, in denen die objektiven Entwicklungen im Kapitalismus, der Übergang vom freien Wettbewerb zum Monopol, analysiert wurden. Auch ihnen war nicht entgangen, dass es einen historischen Bruch mit der früheren Periode des Kapitalismus gab. Allerdings betrachteten sie die Ereignisse, wie auch heute, vom Standpunkt der Bourgeoisie aus. Sie neigen dazu, ein verzerrtes Bild des Imperialismus zu zeichnen, denn die Bourgeoisie betrachtet den Kapitalismus als ewig und will ihn bewahren, während die objektiven Umstände in Wirklichkeit zeigen, dass der Kapitalismus seine historische Rolle erfüllt hat und durch ein höheres sozioökonomisches System, den Sozialismus-Kommunismus, ersetzt werden muss. Die Arbeiterklasse hingegen ist die Klasse, die ein Interesse daran hat, das System zu verändern, und genau aus diesem Grund kann das System nur vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus objektiv und richtig verstanden werden. Lenins Sichtweise ist die Sichtweise des Proletariats.

Der marxistische Ansatz ermöglichte es Lenin, den Platz des Imperialismus in der Geschichte zu bestimmen, nämlich als Endstadium des Kapitalismus. Der Imperialismus ist durch die folgenden fünf grundlegenden Merkmale gekennzeichnet, die den Monopolkapitalismus vom vormonopolistischen Kapitalismus unterscheiden:

- *„Die Konzentration von Produktion und Kapital hat sich zu einem so hohen Grad entwickelt, dass sie Monopole geschaffen hat, die eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsleben spielen.*

---

<sup>2</sup> Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Gesammelte Werke, V.22, S.189

<sup>3</sup> Ebenda, S. 266

- *die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und die Schaffung einer Finanzoligarchie auf der Grundlage dieses „Finanzkapitals“;*
- *der Kapitalexport, der sich vom Warenexport unterscheidet, erlangt eine außerordentliche Bedeutung;*
- *die Bildung internationaler monopolistisch-kapitalistischer Vereinigungen, die die Welt unter sich aufteilen;*
- *und die territoriale Aufteilung der ganzen Welt unter den größten kapitalistischen Mächten ist vollendet.*<sup>4</sup>

Im Folgenden werden wir die leninistische Imperialismustheorie näher beleuchten und dann auf die aktuellen Entwicklungen eingehen.

## **Imperialismus: Der Kapitalismus in seinem Monopolstadium**

Natürlich kann kein genaues Datum genannt werden, wann der Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium eintritt. Lenin unterscheidet grob drei Perioden in der Entwicklung des Kapitalismus, wobei die Jahreszahlen als relativ und indikativ, nicht absolut zu betrachten sind. Die Periode 1789 (bürgerliche Französische Revolution) - 1871 (proletarische Pariser Kommune) ist die Periode, in der die Bourgeoisie aufsteigt und über den Feudalismus triumphiert.<sup>5</sup> Die zweite Periode von 1871 bis 1914 (Erster imperialistischer Welt-

---

<sup>4</sup> Ebenda, 266-277

<sup>5</sup> Der Feudalismus ist die sozioökonomische Formation, die dem Kapitalismus vorausging. Die Hauptklassen dieser Produktionsweise waren die ausgebeuteten Leibeigenen und die ausbeuterischen Feudalherren (Adel und Klerus). Der Feudalismus war durch feudalen Landbesitz gekennzeichnet. Die Leibeigenen waren an das Land gebunden, hatten aber einen eigenen Haushalt und behielten einen Anteil an dem, was sie produzierten. Die Landwirtschaft war der wichtigste Sektor im Feudalismus. Mit der Entwicklung des Feudalismus entstanden unterschiedliche Formen der politischen Machtausübung, etwa die Monarchie und der Absolutismus. In einem bestimmten Stadium der Entwicklung der Produktivkräfte wurden die feudalen Beziehungen obsolet und standen einer weiteren Entwicklung im Wege. Durch bürgerliche Revoluti-

krieg) ist die Periode, in der die Bourgeoisie vollständig dominant wird. Sie verliert ihre fortschrittliche Rolle in der Geschichte und wird zunehmend zu einer reaktionären Klasse, die versucht, die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse aufrechtzuerhalten und die weitere Entwicklung der Gesellschaft zu behindern. In dieser Periode, insbesondere in den Jahren 1898-1914, treten die oben erwähnten Grundzüge des Imperialismus in den Vordergrund und der Kapitalismus tritt in sein monopolistisches Stadium ein. Der Zeitraum ab dem Ausbruch des Ersten Imperialistischen Weltkriegs 1914 „versetzt die Bourgeoisie in dieselbe 'Lage', in der sich die Feudalherren während der ersten Epoche befanden. Dies ist die Epoche des Imperialismus...“.<sup>6</sup>

Wir haben festgestellt, dass die kapitalistischen Monopole die wirtschaftliche Grundlage des Imperialismus sind. „Ökonomisch gesehen ist die Hauptsache in diesem Prozess (d.h. dem Aufstieg des Imperialismus) die Verdrängung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch das kapitalistische Monopol.“<sup>7</sup> Wir sollten das Monopol nicht eng und statisch in seinem wörtlichen Sinne verstehen, d.h. als ein einziges Unternehmen, das die gesamte Produktion in großen Sektoren der Wirtschaft kontrolliert. Unter Monopol verstehen wir die Tendenz zum Auftreten sehr großer kapitalistischer Unternehmen, die in einem oder mehreren Sektoren tätig sind und sich mit anderen Unternehmen den größten Teil der Produktion und des Marktes teilen. Daher herrscht zwischen ihnen ein harter Wettbewerb. Monopole führen also nicht zum Verschwinden des Wettbewerbs, sondern zu seinem Ausdruck auf einer anderen Ebene.

Wie Lenin beschreibt, ist die Bildung von Monopolen eine Folge der Konzentration der Produktion, die eine Eigenschaft des Kapitalismus ist. Daher sind Monopolbildung und der Aufstieg des Imperialismus keine Abweichung vom Kapitalismus, sondern eine notwendige Folge der Entwicklung des Kapitalismus.

---

onen wurde der Feudalismus zugunsten des Kapitalismus abgeschafft. Dies geschah zuerst in Europa. In Asien, Afrika und Lateinamerika blieben Reste des Feudalismus lange erhalten, oft auch durch den Imperialismus, der diese Reste ausnutzte.

<sup>6</sup> Lenin, "Unter falscher Flagge", Gesammelte Werke, V. 21, S. 146.

<sup>7</sup> Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium...", Gesammelte Werke, V. 22, S. 265.

Die oben genannten fünf grundlegenden Merkmale des Imperialismus sollten nicht als „Checkliste“ betrachtet werden. Sie sind keine isolierten Merkmale, die nichts miteinander zu tun haben. Im Gegenteil, sie sind allesamt Merkmale, die sich aus einem Prozess ergeben, nämlich der Entwicklung des Kapitalismus, die notwendigerweise zur Konzentration der Produktion in großen Monopolen führt, die die Wirtschaft beherrschen. Die Konzentration der Produktion geht mit der Konzentration des Bankwesens einher, was zwangsläufig zur Bildung von Bankmonopolen und zur Verschmelzung von Bankkapital und Industriekapital und damit zur Bildung von Finanzkapital führt. Die Dominanz des Finanzkapitals führt zwangsläufig dazu, dass der Kapitalexport eine entscheidende Bedeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen erlangt. Die Vorherrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sowie der Kapitalexport führen zwangsläufig zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den Verbänden der Monopole.

Der Imperialismus führt zu einer weiteren Verschärfung aller Widersprüche im Kapitalismus. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung der Produktion auf der einen Seite und der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse auf der anderen Seite, weil die Produktionsmittel nach wie vor Privateigentum sind. Der Imperialismus ist einerseits ein Ergebnis der Konzentration und Vergesellschaftung der Produktion, andererseits führt er aber auch zu einer weiteren Verschärfung dieses Hauptwiderspruchs, der die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnet.

*„Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium führt direkt zur umfassendsten Vergesellschaftung der Produktion; er zieht die Kapitalisten sozusagen gegen ihren Willen und ihr Bewusstsein in eine Art neue Gesellschaftsordnung, einen Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung.*

*Die Produktion wird gesellschaftlich, aber die Aneignung bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben das Privateigentum einiger weniger. Der allgemeine Rahmen des formal anerkannten freien Wettbewerbs bleibt bestehen, aber das Joch der wenigen Monopolisten auf dem Rest der Bevölkerung wird hundertmal schwerer, belastender und unerträglicher.“<sup>8</sup>*

---

<sup>8</sup> Ebenda, 205 7

## **Kapitalexport als treibende Kraft der globalen Entwicklung des Kapitalismus**

Der Imperialismus ist nicht statisch. Er entwickelt sich ständig weiter und ist einem ständigen Wandel unterworfen. Eine wichtige treibende Kraft ist dabei der Kapitalexport. Um den Imperialismus und die stattfindenden Veränderungen zu verstehen, ist es wichtig, den Kapitalexport richtig zu verstehen.

„Kapital“ wird in bürgerlichen Theorien oft als Synonym für Geld oder Produktionsmittel verwendet. Dies ist nicht korrekt. Es würde nämlich implizieren, dass der Kapitalismus Jahrtausende alt ist. Kapital ist weder Geld noch Produktionsmittel. Es ist eine soziale Beziehung. Genauer gesagt, das Ausbeutungsverhältnis zwischen dem Kapitalisten, dem Eigentümer der Produktionsmittel, und dem Lohnarbeiter. Geld und Produktionsmittel fungieren in dem Moment als verkörpertes Kapital, in dem sie im kapitalistischen Produktionsprozess zur Ausbeutung der Arbeiter und zur Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten eingesetzt werden. Was ist also mit „Kapitalexport“ gemeint und warum geschieht er?

Der Kapitalist ist immer darauf aus, sich so viel Mehrwert wie möglich anzueignen. Daher verwendet der Kapitalist einen Großteil des im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwerts, um zusätzliche Produktionsmittel und Arbeitskraft zu kaufen. Auf diese Weise wird der Mehrwert in Kapital umgewandelt. Dies wird als Kapitalakkumulation oder Kapitalanhäufung<sup>9</sup> bezeichnet. Die

---

<sup>9</sup> Reformisten, die versuchen, den Kapitalismus als reformierbar darzustellen, betrachten die Kapitalakkumulation lediglich als moralisches Problem. Sie schlagen vor, dass die Kapitalakkumulation und die Gewinnerzielung nur "gedeckt" werden müssen oder dass das Kapital nur "in die Gesellschaft investiert" werden sollte. Reformen, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen, können und sollten zwar gefordert werden, doch sind diese Verbesserungen im Kapitalismus immer nur vorübergehend und verschaffen dem System insgesamt vielleicht sogar eine "Atempause". Früher oder später muss das Kapital diese Reformen jedoch "zurückdrängen", um seine Profite zu maximieren. Dies wird zum Teil durch den tendenziellen Fall der Profitrate bewirkt. Das Kapital kann nicht konstant Profit machen. Die Tendenz der sinkenden Profitrate ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil des variablen Kapitals (Arbeit) im Verhältnis zum konstanten Kapital (Maschinen, Gebäude usw.) abnimmt. Da also nur menschliche Arbeit Profit produzieren kann, sinkt die Profitrate, die das Verhältnis des Mehr-

Kapitalakkumulation stößt jedoch auf das Problem, dass die Massen nicht über genügend Kaufkraft verfügen, um alles zu konsumieren, was produziert wird. So entsteht ein Überschuss an Kapital. Es gibt immer mehr Kapital, aber es wird immer schwieriger, es gewinnbringend einzusetzen. Doch dieses Kapital „muss“ investiert werden, denn wenn es stillsteht, wenn es nicht im Produktionsprozess eingesetzt wird, um Mehrwert zu schaffen, dann ist es kein Kapital mehr.

Um das Problem des überschüssigen Kapitals zu lösen, blickt die Finanzoligarchie über die Landesgrenzen hinaus. In Ländern, die weniger entwickelt sind (d.h. Länder mit einer geringeren organischen Zusammensetzung des Kapitals<sup>10</sup>) und in denen oft billigere Rohstoffe oder Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, kann das Kapital gewinnbringend eingesetzt werden. Dies kann in Form von Direktinvestitionen (durch die Errichtung von Fabriken, Bergwerken, Büros und dergleichen im Ausland oder durch den Erwerb von Unternehmen im Ausland) oder in Form von Krediten geschehen. Der Kapitalüberschuss wird also ins Ausland exportiert.

Der Kapitalexport schafft alle Arten von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten. Gleichzeitig fördert der Kapitalexport aber auch die Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in dem weniger entwickelten Land. Dies ist grundlegend für ein korrektes Verständnis des Imperialismus: Kapitalexporte sind eine Triebkraft für die Entwicklung des Kapitalismus weltweit.

---

werts zum Gesamtkapital ausdrückt. All diese Dinge sind dem kapitalistischen System bereits inhärent und können daher von den Reformisten nicht "weggewünscht" werden.

<sup>10</sup> Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist das Verhältnis von konstantem Kapital zu variablem Kapital. Konstantes Kapital ist das für Produktionsmittel aufgewendete Kapital, dessen Wert sich im Produktionsprozess nicht ändert. Der Wert des für die Arbeitskraft aufgewendeten Kapitals ändert sich jedoch: Er steigt, da die Arbeitskraft Mehrwert produziert. Dieser Teil wird daher als variables Kapital bezeichnet. Mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik steigt der Anteil des konstanten Kapitals, während der Anteil des variablen Kapitals sinkt. Die organische Zusammensetzung des Kapitals nimmt also zu.

*„Der Kapitalexport beeinflusst und beschleunigt die Entwicklung des Kapitalismus in den Ländern, in die er exportiert wird, erheblich. Während also der Kapitalexport bis zu einem gewissen Grad dazu tendieren kann, die Entwicklung in den kapitalexportierenden Ländern zu hemmen, kann er dies nur tun, indem er die weitere Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt ausweitet und vertieft“.*<sup>11</sup> 11

Diese Entwicklung hat es dem Kapitalismus ermöglicht, selbst in den rückständigsten Ländern Fuß zu fassen, und heute sind die vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse praktisch überall abgeschafft worden. Reste vorkapitalistischer Verhältnisse mögen gelegentlich noch existieren, aber sie haben keinen entscheidenden Einfluss mehr auf die Wirtschaft. Weltweit durchdringt der Monopolkapitalismus die wirtschaftlichen Beziehungen.

## **Das internationale imperialistische System und das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung**

Wir haben kurz einige grundlegende wirtschaftliche Eigenschaften und Gesetze des Imperialismus genannt. Diese wirken sich auf die politischen und internationalen Beziehungen aus. Die leninistische Imperialismustheorie ermöglicht es uns daher, die Entwicklung der Wirtschaft, der Politik und ihres inneren Zusammenhangs zu verstehen.

Der Monopolkapitalismus mit den bereits erwähnten Eigenschaften und Gesetzen ist die Grundlage, auf der die internationalen Beziehungen gestaltet werden. Diese Eigenschaften und Gesetze des Imperialismus, die Lenin beschrieben hat, sind nach wie vor gültig. Die Konzentration der Produktion in den Händen der Monopole, die Bildung der Finanzoligarchie und der Kapitalexport sind die ökonomische Grundlage der internationalen Beziehungen. Imperialistische Allianzen werden gebildet. Die internationalen Beziehungen sind gekennzeichnet durch einen erbitterten Wettbewerb zwischen Monopolen, Staaten und imperialistischen Bündnissen um die Verteilung und Umverteilung von Ressourcen, Transportwegen, Märkten, Territorien, Einflusssphären usw.

---

<sup>11</sup> Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium", Gesammelte Werke, V. 22, S. 243.



Auf dieser Grundlage werden die internationalen Beziehungen im Imperialismus geformt, wo wir ungleiche Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern sehen können. Länder können eine mehr oder weniger günstige Position im internationalen imperialistischen System einnehmen. Dies hängt nicht nur von ihrer wirtschaftlichen Macht ab, sondern auch von anderen Faktoren, wie ihrem politischen und diplomatischen Einfluss und den Fähigkeiten ihrer Streitkräfte. Das internationale imperialistische System wird daher manchmal mit einer Pyramide verglichen. Einige wenige Länder stehen an der Spitze und haben weltweit großen Einfluss. Einige Länder sind etwas schwächer, haben aber eine günstige Position und können z. B. regional sehr viel Einfluss haben. Viele Länder haben eine weniger günstige Position.

Die internationalen Beziehungen sind nicht statisch. Das Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen Ländern, zwischen und auch innerhalb verschiedener imperialistischer Blöcke, ändert sich ständig. Länder können in der imperialistischen Pyramide nach oben oder unten rücken. Die Veränderungen in den Machtverhältnissen zwischen den imperialistischen Blöcken sind eine der Hauptursachen für zwischenimperialistische Konflikte (d.h. Konflikte zwischen imperialistischen Mächten).

Die stetige Veränderung der Machtverhältnisse ist das Ergebnis eines Gesetzes, das den Kapitalismus kennzeichnet, nämlich des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung.

„...die einzig denkbare Grundlage im Kapitalismus für die Aufteilung von Einflussphären, Interessen, Kolonien usw. ist ein Kalkül der Stärke der Beteiligten, ihrer allgemeinen wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen Stärke usw. Und die Stärke dieser Teilnehmer an der Aufteilung ändert sich nicht in gleichem Maße, denn die gleichmäßige Entwicklung verschiedener Unternehmen, Konzerne, Industriezweige oder Länder ist im Kapitalismus unmöglich.“<sup>12</sup>

Der Wettbewerb und das Profitstreben, die die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnen, zwingen die Kapitalisten dazu, stets die Expansion ihres Kapitals zu verfolgen. Dies geht mit einer Konzentration und Zentralisierung

---

<sup>12</sup> Ebenda, 295

des Kapitals einher.<sup>13</sup> Dies geschieht jedoch nicht in jedem Unternehmen, in jedem Sektor und in jedem Land gleichmäßig. Ganz im Gegenteil. Da im Kapitalismus das Wirtschaftswachstum im Rahmen der Warenproduktion<sup>14</sup> und der Anarchie der Produktion<sup>15</sup> stattfindet, ist die wirtschaftliche Entwicklung ungleichmäßig. Ein Unternehmen, ein Sektor oder ein Land sind besser in der Lage als ein anderes, seine Gewinne zu steigern, sein Kapital zu vermehren und Konkurrenten auszuschalten. Dies kann auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage, die Fähigkeit zur Bildung konkurrenzfähiger Preise, die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die die Arbeitsproduktivität erhöht, die Intensivierung der Ausbeutung, die Verfügbarkeit von Geldkapital für Investitionen, Fusionen oder Übernahmen oder andere Faktoren zurückzuführen sein.

---

<sup>13</sup> Kapitalkonzentration ist die Vermehrung des Kapitals durch Aneignung des von den Arbeitern produzierten Mehrwerts durch den Kapitalisten und dessen Umwandlung in Kapital. Zentralisierung des Kapitals ist die Vermehrung des Kapitals durch Zusammenschluss mehrerer Kapitale zu einem großen Kapital, z. B. durch Aufkauf von Konkurrenten, Fusionen, Bildung von Aktiengesellschaften usw.

<sup>14</sup> Unter Warenproduktion versteht man die Produktion von Waren. Mit anderen Worten, die Herstellung von Produkten, die für den Verkauf, d. h. für den Markt bestimmt sind.

<sup>15</sup> Die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion bedeutet, dass sich die Wirtschaft ungeplant und unorganisiert entwickelt. In einer Wirtschaft, die auf Privateigentum basiert, wird die Produktion von einzelnen Privatunternehmen auf der Grundlage von Nachfrage (basierend auf der Kaufkraft) und Angebot, schwankenden Marktpreisen und Wettbewerb bestimmt. Die wirtschaftliche Entwicklung wird also nicht im Voraus auf der Grundlage der Bedürfnisse der Bevölkerung geplant. Die Anarchie der Produktion führt dazu, dass nicht sämtliche Produktivkräfte genutzt werden (man denke an die Arbeitslosigkeit) und Produktivkräfte auf unproduktive Weise verschwendet werden. Im Kapitalismus besteht ein Widerspruch zwischen der organisierten und geplanten Produktion in jeder einzelnen Fabrik oder Firma und der Anarchie der Produktion in der gesamten Gesellschaft. Dieser Widerspruch ist Ausdruck des Hauptwiderspruchs des Kapitalismus zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung der Produktionsergebnisse. Die Eingriffe des bürgerlichen Staates in die Wirtschaft (z.B. durch die Wirtschaftspolitik) beseitigen die Anarchie der Produktion in keiner Weise.

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung ist also eine Besonderheit des kapitalistischen Systems. In der Phase des Imperialismus dominieren die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in immer mehr Ländern. Heute sind die vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse fast überall abgeschafft, und ihre Überreste werden von den kapitalistischen Verhältnissen und dem entscheidenden Einfluss der Monopole in der Produktion überschattet. Dies ändert jedoch nichts an der Gültigkeit des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung. Im Gegenteil, sein Wirken wird noch intensiver. Der Wettbewerb und der Kampf zwischen Unternehmen, Sektoren und Ländern, sich gegenseitig zu übertreffen, nehmen zu. Im Vormonopolkapitalismus manifestierte sich das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung im Vorteil bestimmter kapitalistischer Länder, einem Vorteil, der über lange Zeiträume hinweg geschaffen wurde. Die Phase des Imperialismus ist durch Entwicklungssprünge von Ländern gekennzeichnet, die andere manchmal sehr schnell überholen können.

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung hat zur Folge, dass sich die Position der einzelnen Länder innerhalb der imperialistischen Pyramide verändert. Folglich wird das internationale imperialistische System nicht mehr von denselben Ländern wie in der Vergangenheit dominiert. Einige Länder haben ihre starke Position verloren. Andere Länder, die vor einem Jahrhundert vielleicht eine schwächere Position hatten oder sogar eine Kolonie waren, treten jetzt als wichtige Akteure im internationalen imperialistischen System auf.

Das wechselnde Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten ist die Grundlage für den Kampf um die Neuverteilung von Ressourcen, Transportwegen, Märkten und Einflussphären. Dies bildet den Nährboden für imperialistische Konflikte und Kriege.

## **Schmarotzertum und Fäulnis des Imperialismus**

Der Kapitalismus ist, wie frühere Ausbeutergesellschaften, durch Parasitismus gekennzeichnet. Die kapitalistische Klasse lebt als Parasit von fremder Arbeit (d. h. der Arbeit anderer). Der gesellschaftliche Parasitismus wird im Kapitalismus zunehmend sichtbar, als Ausdruck der Verschärfung des grundlegenden Gegensatzes zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und der privaten Aneignung der Ergebnisse der Arbeit.

Dies zeigt sich beispielsweise in bestimmten Phänomenen, die mit der Bildung und Beherrschung von Monopolen in der Produktion einhergehen. So zum Beispiel das Entstehen von Aktiengesellschaften und die Trennung der Verwaltung kapitalistischer Unternehmen vom Kapitaleigentum. Mit dem Aufkommen solcher Monopole und des Finanzkapitals wird der kapitalistische Aktionär noch weiter vom Produktionsprozess entfremdet. Die Kapitalistenklasse wird somit immer mehr zu Rentiers.

Monopole können durch ihre Monopolstellung hohe Monopolgewinne erzielen, die weit über die Durchschnittsgewinne hinausgehen. Die Quelle der Monopolgewinne drückt nicht nur auf die Arbeiterklasse, sondern auf die Gesellschaft als Ganzes.

Aufgrund ihrer Stellung können Monopole ihre Waren zum Höchstpreis verkaufen. Dies betrifft nicht nur die Produkte und Dienstleistungen, die von der arbeitenden Bevölkerung konsumiert werden, sondern beispielsweise auch die von der Industrie hergestellten Produktionsmittel, die z. B. von den Landwirten benötigt werden. Gleichzeitig werden die Preise für die Waren der Landwirte und anderer kleiner Warenproduzenten durch die Monopole nach unten gedrückt. So landet ein Teil des vom Kleinbürgertum produzierten Mehrwerts bei den Monopolen. Die Klasse der Landwirte (die kleinen und mittleren Landwirte) und andere kleine Rohstoffproduzenten werden so verdrängt.

Eine weitere sehr wichtige Quelle für Monopolprofite ist der Kapitalexport. Dies geschieht auf verschiedene Weise. Erstens durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse in anderen Ländern (manchmal unter unmenschlichen Bedingungen, Kinderarbeit usw.). Aber auch durch den Austausch von nicht äquivalenten Waren, was bedeutet, dass Monopole Waren zu überhöhten Preisen exportieren und zu niedrigen Preisen importieren, sowie durch eine Vielzahl anderer Methoden, mit denen sich Monopole den in anderen Ländern produzierten Mehrwert aneignen. Früher war dies eng mit der Unterdrückung der kolonisierten Länder verbunden.

Heute geschieht dies durch alle möglichen Arten von ungleichen Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Ländern, wobei auch Überbleibsel des Kolonialismus eine Rolle spielen.

Monopolprofite werden auch durch imperialistische Kriege, Aufrüstung und Militarisierung der Wirtschaft gesichert. Der Staat - mit dem Geld, das den

arbeitenden Menschen durch Steuern entzogen wird - zahlt den höchsten Preis für Rüstungsaufträge. Dies ist eng verwoben mit den zwischenimperialistischen Widersprüchen und den Versuchen der Kapitalistenklasse in jedem Land, ihre Position im imperialistischen System zu verbessern, Märkte zu erobern usw. Ganz allgemein dient der bürgerliche Staat als „kollektiver Kapitalist“, der die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung durch Steuern abschöpft, um das Großkapital zu ernähren, und zwar auf eine Weise, die dem bürgerlichen Recht entspricht, aber auch in Form von Korruption.

Das Schmarotzertum der kapitalistischen Gesellschaft drückt sich auch darin aus, dass immer mehr Produktivkräfte nicht für Dinge eingesetzt werden, die zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse notwendig sind. Stattdessen vergeudet die Gesellschaft immer mehr Produktivkräfte für unnötige Zirkulationskosten<sup>16</sup> oder Waffen, die Dinge und Menschenleben zerstören, statt aufzubauen usw.

Der Parasitismus drückt sich auch in der Ausgabe von und dem Handel mit Aktien, der Börsenspekulation, dem Versicherungsgeschäft und auf unzählige andere Arten aus. Mit dem Imperialismus wird der Parasitismus also noch weiter verallgemeinert. An der Wurzel all dieser Phänomene steht das kapitalistische Privateigentum, das von Natur aus einen parasitären Charakter hat. Denn es ist Eigentum, das auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht. Der Imperialismus macht dies in vielerlei Hinsicht nur noch anschaulicher und intensiver. Er ist Ausdruck des Verfalls und der Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem Endstadium.

Es ist wichtig, die parasitären Aspekte des Imperialismus nicht von diesem Wesen zu trennen. Es gibt Kräfte, die lediglich den „Kasinokapitalismus“, den „Rentnerkapitalismus“, den „Finanzkapitalismus“, den „Klüngelkapitalismus“ oder ähnliches kritisieren. Dabei versuchen sie, eine falsche Unterscheidung

---

<sup>16</sup> Die kapitalistische Produktion ist mit der Warenzirkulation verbunden. Die produzierten Waren müssen verkauft werden, um in Geld umgewandelt zu werden (das dann zum Kauf anderer Waren wie Produktionsmittel und Arbeitskraft zur Herstellung neuer Waren usw. verwendet werden kann). Die Zirkulationskosten beziehen sich auf die Kosten, die mit der Zirkulation verbunden sind, d. h. mit der Umwandlung von Waren in Geld (und umgekehrt). Denken Sie an Kosten für Transport, Verpackung, Verkauf, Werbung usw.

zwischen parasitärem oder korruptem Kapital und produktivem Kapital, zwischen „schlechten“ und „guten“ Kapitalisten zu treffen. Eine solche Kritik am „Kapitalismus“, die in Wirklichkeit nur eine Kritik an einem bestimmten Aspekt ist, findet sich z.B. bei sozialdemokratischen und opportunistischen Kräften. Aber auch reaktionäre, faschistische Kräfte verwenden „antikapitalistische“ Parolen, die auf solchen falschen Gegensätzen beruhen.

In Wirklichkeit gibt es keine kapitalistische Produktion ohne die parasitären Phänomene. Kein Industriekapital ohne Bankkapital, Finanzkapital, fiktives Kapital<sup>17</sup> usw.

Parasitismus und Fäulnis durchdringen alle Facetten der Gesellschaft. Er durchdringt auch den Staat, nicht nur durch seine Rüstungsprogramme, sondern auch in Form von Korruption. Er durchdringt sogar die Arbeiterbewegung.

## **Die Arbeiteraristokratie als spaltender Faktor in der Arbeiterbewegung**

Der Imperialismus wirkt sich auch auf die Arbeiterbewegung aus. Das Großkapital versucht, die Arbeiterbewegung zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Denn die Monopole haben ein Interesse an einer schwachen und gespaltenen Arbeiterbewegung, um die kapitalistische Ausbeutung zu sichern. Um dies zu erreichen, wird ein kleiner Teil der Arbeiterklasse vom Kapital bestochen. Diese Schicht der Arbeiterklasse wird Arbeiteraristokratie genannt.

Diese Bestechung kann auf verschiedene sichtbare und weniger sichtbare Weise erfolgen. Zum Beispiel in Form von bestimmten gut bezahlten und privilegierten Positionen im Staatsapparat und im öffentlichen Dienst, in Lobbyorganisationen, in Unternehmen, in akademischen oder Forschungseinrich-

---

<sup>17</sup> Bei fiktivem Kapital handelt es sich um Kapital in Form von Wertpapieren, die ihren Eigentümern Einkommen verschaffen, wie z. B. Aktien und Anleihen. Mit diesen Wertpapieren wird auch gehandelt und spekuliert. Das fiktive Kapital breitet sich im Kapitalismus aus, was u. a. mit der Ausweitung des Kredits, der Aktiengesellschaften und der Trennung der direkten Verwaltung der Produktion von den Kapitalisten zusammenhängt. Die Ausweitung des fiktiven Kapitals ist Ausdruck des Parasitismus.

tungen oder in der Gewerkschaftsbürokratie (d. h. in Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien). Sie kann sogar die Form von Versuchen annehmen, die Führer während eines Streiks buchstäblich zu bestechen. Es handelt sich also um eine Schicht in der Arbeiterklasse, die einen Anteil an den Monopolgewinnen erhält. Dies ist ein Ausdruck des für den Imperialismus charakteristischen Parasitismus innerhalb der Arbeiterbewegung.

So entsteht innerhalb der Arbeiterklasse eine Schicht, deren Interessen mit denen der Bourgeoisie verflochten sind. Infolgedessen vertreten sie hauptsächlich kleinbürgerliche Ansichten, die auch durch ihre günstige Stellung und ihren Lebensstandard gefördert werden. Innerhalb der Arbeiterbewegung streben sie einen Kompromiss mit der Bourgeoisie an und lehnen eine klassenorientierte Linie ab. Die Arbeiteraristokratie bildet somit eine soziale Basis für den Opportunismus in der Arbeiterbewegung und wirkt als spaltender Faktor innerhalb der Arbeiterbewegung.

Lenin erklärte dies wie folgt: *„Die Erzielung hoher Monopolprofite durch die Kapitalisten in einem der zahlreichen Industriezweige, in einem der zahlreichen Länder usw. macht es ihnen wirtschaftlich möglich, bestimmte Teile der Arbeiter, und zwar eine Zeit lang eine ziemlich beträchtliche Minderheit von ihnen, zu bestechen und auf die Seite der Bourgeoisie eines bestimmten Industriezweiges oder einer bestimmten Nation gegen alle anderen zu ziehen. Die Verschärfung der Antagonismen zwischen den imperialistischen Nationen zur Aufteilung der Welt verstärkt diesen Drang. Und so entsteht diese Beziehung zwischen Imperialismus und Opportunismus...“*<sup>18</sup>.

Aus opportunistischen und bürgerlichen Kreisen werden Theorien verbreitet, dass die gesamte Arbeiterklasse von Ländern mit einer günstigen Position im imperialistischen System zur Arbeiteraristokratie gehören würde, basierend auf dem simplen Argument, dass die Arbeiterklasse in diesen Ländern ein höheres Einkommen hat als die Arbeiterklasse in anderen Ländern. Diese Theorie hat einen fatalen Fehler.

Innerhalb der Arbeiterklasse gibt es Unterschiede bei den Löhnen, den Arbeitsbedingungen, dem Grad der Spezialisierung usw. Dies können relativ

---

<sup>18</sup> Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium", Gesammelte Werke, V. 22, S. 301.

große Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern, Sektoren und sogar Unternehmen sein. Die Einkommensunterschiede sind nicht das einzige Kriterium. Diese Unterschiede können auch Ausdruck von Unterschieden im Wert der Arbeitskraft, von Produktivitätsunterschieden in verschiedenen Sektoren oder Ländern, von Marktfaktoren oder von anderen Faktoren wie der Diskriminierung von Frauen, ethnischen und anderen Minderheiten usw. sein. Die Einkommensunterschiede müssen in Verbindung mit anderen Kriterien wie der Art der Arbeit (leitend oder ausführend), aber vor allem auch der Verflechtung mit den Interessen der Bourgeoisie betrachtet werden.

Die Arbeiteraristokratie ist keine Schicht, die mit absoluten Grenzen bezeichnet werden kann. Es geht um die Tendenz, dass sich innerhalb der Arbeiterklasse ein Teil herausbildet, dessen Interessen mit der Bourgeoisie verflochten sind, als soziale Basis für den Opportunismus in der Arbeiterbewegung, basierend auf materiellen Privilegien, die aus Monopolgewinnen finanziert werden, kombiniert mit ideologischen und anderen Mechanismen des bürgerlichen Staates. Zur Zeit von Marx und Engels gab es das Phänomen der Arbeiteraristokratie nur in England, dem damals am weitesten entwickelten Land. Zu Lenins Zeiten war sie ein Merkmal vieler weiterer imperialistischer Länder. Heute ist aufgrund der weltweiten Entwicklung des Kapitalismus eine Arbeiteraristokratie in praktisch allen Ländern zu finden, unabhängig von ihrer Stellung im internationalen imperialistischen System.

## **Imperialismus als sterbender Kapitalismus und Vorabend der sozialistischen Revolution**

Der Imperialismus führt zu einer Verschärfung der Klassenunterschiede zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die Arbeiterklasse ist, insbesondere in Zeiten aufeinander folgender Krisen, mit relativer und absoluter Verarmung konfrontiert. Der bürgerliche Staat kann darauf mit Zuckerbrot und Peitsche reagieren. Aber im Allgemeinen ist der Imperialismus durch eine reaktionäre Tendenz in der Politik gekennzeichnet. Diese reaktionäre Tendenz äußert sich in der Ausweitung des Repressionsapparates, der Beschneidung der politischen Rechte und Freiheiten und dem Aufkommen des Faschismus.

Der Imperialismus führt auch zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten. Er bringt imperialistische Einmischungen,



Interventionen, Kriege und sogar Weltkriege mit sich, mit dem Ziel, die Welt zwischen den imperialistischen Mächten neu aufzuteilen.

Diese Aspekte sind miteinander verknüpft. Die imperialistische Außenpolitik der Bourgeoisie lässt sich nicht von ihrer reaktionären Innenpolitik trennen.

*„Der politische Überbau dieser neuen Wirtschaft, des Monopolkapitalismus (der Imperialismus ist Monopolkapitalismus), ist der Übergang von der Demokratie zur politischen Reaktion. (...) Es ist grundlegend falsch, unmarxistisch und unwissenschaftlich, die „Außenpolitik“ von der Politik im Allgemeinen zu trennen, geschweige denn die Außenpolitik der Innenpolitik gegenüberzustellen. Sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik strebt der Imperialismus nach Verletzungen der Demokratie, nach Reaktion.“<sup>19</sup>*

Der Imperialismus verschärft also alle Widersprüche des Kapitalismus. Zunächst auch den Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse. Der Imperialismus ist der sterbende Kapitalismus. Die Produktivkräfte sind mehr als reif für die Vergesellschaftung. Die ökonomische Voraussetzung für den Sozialismus ist also gegeben. Der Imperialismus sorgt aber auch dafür, dass das revolutionäre Subjekt, das die historische Aufgabe hat, die Macht des Kapitals zu stürzen, das Proletariat, kampfbereit gemacht wird. „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“.<sup>20</sup>

## **Das schwächste Glied und die Möglichkeit des Sieges der sozialistischen Revolution in einem Land**

Marx und Engels lebten und kämpften in der Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus. Damals konnte die sozialistische Revolution nur siegen, wenn sie in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern ausbrach. Der Imperialismus verändert die Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution. Sie kann sich im Imperialismus in einer kleinen Gruppe von Län-

---

<sup>19</sup> Lenin, "Über eine Karikatur zum Marxismus und zum imperialistischen Ökonomismus", Gesammelte Werke, V. 23, S. 43.

<sup>20</sup> Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium", Gesammelte Werke, V. 22, S. 194.

dern oder sogar in einem einzigen Land durchsetzen, das nicht einmal unbedingt zu den am meisten entwickelten kapitalistischen Ländern gehören muss.

Diese Möglichkeit ergibt sich aus dem Gesetz der ungleichen Entwicklung, das im Imperialismus einen anderen Charakter annimmt. Der Imperialismus verbindet alle Länder im globalen imperialistischen System miteinander. Die ungleiche Entwicklung führt aber immer wieder zu Kämpfen um die Neuaufteilung der Welt, zu imperialistischen Kriegen, die den Imperialismus und die Macht der Bourgeoisie ernsthaft schwächen. Auf diese Weise können revolutionäre Bedingungen entstehen.

Eine revolutionäre Situation hat drei Hauptmerkmale:

1. Es gibt eine Krise in der Politik der herrschenden Klasse, die es den herrschenden Klassen unmöglich macht, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten.
2. Es gibt eine außerordentliche Verschlechterung des Lebensstandards der unterdrückten Klassen.
3. Es gibt „eine beträchtliche Zunahme der Aktivität der Massen, die sich ... zu einer unabhängigen historischen Aktion drängen“.<sup>21</sup>

Eine solche revolutionäre Situation wird nicht von der Partei oder der Arbeiterklasse geschaffen. Sie entsteht objektiv, wenn der Imperialismus in Wirtschaftskrisen, Kriege usw. verwickelt wird. Für eine erfolgreiche Revolution ist jedoch nicht nur dieser objektive Faktor wichtig. Es ist notwendig, dass die Arbeiterklasse die Revolution durchführt, was voraussetzt, dass die Partei in der Lage ist, auf der Grundlage der richtigen Strategie zu handeln und die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Dies ist der subjektive Faktor für die Revolution.

Das globale imperialistische System ist wie eine Kette, die am schwächsten Glied der Kette bricht, wo eine revolutionäre Situation entsteht und die proletarische Revolution sich vollzieht. Dieses schwächste Glied muss nicht zu den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern gehören (solange die Be-

---

<sup>21</sup> Lenin, "Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale", Gesammelte Werke, V. 21, S. 213-14.

dingungen gegeben sind, dass der Kapitalismus etabliert ist und es ein Proletariat gibt, das die Revolution durchführen kann, was heute in praktisch allen Ländern der Fall ist). Indem sie die Widersprüche zwischen den Imperialisten ausnutzt und sich auf die Solidarität der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern stützt, kann die Arbeiterklasse die Arbeitermacht in einem Land oder einer kleinen Gruppe von Ländern errichten und konsolidieren.

Es gibt sehr viele Theorien, auch innerhalb der kommunistischen Bewegung, die behaupten, dass eine sozialistische Revolution in Ländern, die wirtschaftlich rückständig sind, unmöglich ist. Als Kriterien setzen sie das Niveau der Produktivkräfte und die Stellung eines kapitalistischen Landes im internationalen imperialistischen System an. Solche Theorien unterschätzen die Kraft der (unreifen) kommunistischen Produktionsverhältnisse, die Entwicklung der Produktivkräfte rasch voranzutreiben. Dies zeigt auch die Erfahrung der sozialistischen Oktoberrevolution, wo der Rückstand bei den Produktivkräften nach der Revolution rasch aufgeholt wurde (z. B. Elektrifizierung).

Der Imperialismus scheint unbesiegbar zu sein, mit dem bürgerlichen Staat und seinem Unterdrückungsapparat, den imperialistischen Bündnissen und den enormen Ressourcen, über die die Bourgeoisie verfügt. Doch der Imperialismus, der Monopolkapitalismus, ist voller innerer Widersprüche. Hinter der Fassade eines scheinbar unbesiegbaren Systems verbirgt sich ein verrottetes System, das auf dem Sterbebett liegt. Der Marxismus-Leninismus gibt uns als Kommunisten die Mittel an die Hand, dies aufzudecken und Pessimismus oder Defätismus zu bekämpfen. Die Arbeiterklasse hat die Macht, den Imperialismus zu stürzen. Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und einer zentralen Planung, die sich an den Bedürfnissen des Volkes orientiert, ist die Arbeiterklasse in der Lage, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Dazu muss die Welt von der kapitalistischen Ausbeutung befreit werden. Sie erfordert die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Mit der Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln bringt die sozialistische Revolution dieses in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion.

Nur auf dieser Grundlage können die ungleichen Abhängigkeitsverhältnisse, die Konkurrenz und die Antagonismen zwischen den Nationen endgültig beendet werden. Diskriminierung, Nationalismus, Völkerhass und Faschismus

können dann endlich dem Frieden und den freundschaftlichen Beziehungen Platz machen.

## II. Allgemeine Veränderungen in den internationalen Beziehungen und deren Verzerrung

Die grundlegenden Merkmale und Gesetze des Imperialismus gelten auch heute noch. Aber es hat sich auch viel daran geändert, wie das internationale imperialistische System heute aussieht. Schließlich ist der Imperialismus kein statisches Modell, sondern eine sich verändernde Realität, die sich ständig weiterentwickelt. Im Folgenden werden einige tiefgreifende Entwicklungen in den internationalen Beziehungen seit der Entstehung des Imperialismus aufgezeigt, die für das richtige Verständnis des Imperialismus und der internationalen Beziehungen heute wichtig sind. Es handelt sich dabei um bestimmte allgemeine Tendenzen, da es natürlich unmöglich ist, alles in einem einzigen Text zu interpretieren. Bestimmte opportunistische Ansichten, die auf falschen Vorstellungen über diese Entwicklungen beruhen und einen desorientierenden Einfluss auf die Arbeiterbewegung haben, werden kritisiert.

### **Die Auflösung des Kolonialsystems**

Eine sehr tiefgreifende Veränderung des Imperialismus seit Lenins Studien war die Auflösung des Kolonialsystems in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit einher ging die Entkolonialisierung einer ganzen Reihe ehemaliger kolonialisierter Länder, die ihre politische Unabhängigkeit erlangten, ein Prozess, der in einigen Teilen der Welt schon viel früher stattfand. Dieser Wandel in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war jedoch nicht nur eine quantitative Veränderung in dem Sinne, dass mehr Länder unabhängig wurden. Es handelte sich um eine qualitative Veränderung der internationalen Beziehungen durch die Auflösung des kolonialen Systems, das die internationalen Beziehungen in der Zeit geprägt hatte, als sich die kapitalistischen 15 Verhältnisse in weiten Teilen der Welt noch nicht entwickelt hatten, die vorkapitalistischen Verhältnisse noch existierten und die bürgerlichen Transformationen noch nicht abgeschlossen waren.

Die materiellen Voraussetzungen für die Entkolonialisierung wurden durch den Kapitalexpert und die Gesetze des Imperialismus selbst geschaffen. Durch den Kapitalexpert drang der Kapitalismus in die Kolonien ein und führte zur Herausbildung einer eigenen nationalen Bourgeoisie und einer Arbeiterklasse. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die Entkolonialisierung von selbst erfolgte.

Die Entkolonialisierung von Ländern war in der Regel in erster Linie das Ergebnis des heroischen nationalen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker. Dabei nahm die nationale Bourgeoisie oft eine zwiespältige Haltung ein, da sie zum Teil eng mit dem kolonialen Unterdrücker verbunden war, zum Teil aber auch ein Interesse an der Unabhängigkeit hatte. Die Masse der Bevölkerung, die unter der kolonialen Unterdrückung litt, die Arbeiterklasse und die (Klein-)Bauern, kämpften für die nationale Befreiung.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Auflösung des Kolonialsystems war das Kräfteverhältnis in der Nachkriegszeit. Die sozialistischen Länder unterstützten den antikolonialen Kampf in erheblichem Maße. Die Loslösung eines Teils der Welt vom Imperialismus durch die sozialistische Oktoberrevolution von 1917 und die anderen sozialistischen Revolutionen war eine sehr wichtige Veränderung. Der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Imperialismus unter Führung der Nazis und die Ausdehnung des sozialistischen Blocks auf andere Teile der Welt (einschließlich der Revolutionen in Vietnam, China, Kuba usw.) war ein wichtiges Element bei der Gestaltung der Nachkriegsbeziehungen, in deren Rahmen die Auflösung des Kolonialsystems stattfand.

Schon Lenin hatte vorausgesehen, dass „die Befreiung der Kolonien ... in Verbindung mit einer sozialistischen Revolution in Europa realisierbar ist“.<sup>22</sup> Viele antikoloniale, nationale Befreiungsbewegungen waren eng mit der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung verbunden, denen es gelang, den Kampf für die nationale Befreiung konsequent voranzutreiben, wobei die Bourgeoisie oft eine schwankende Haltung einnahm.

Neben der von den kämpfenden unterdrückten Völkern erzwungenen Entkolonialisierung gab es auch Länder, in denen die politische Unabhängigkeit

---

<sup>22</sup> Lenin, "Über eine Karikatur zum Marxismus und zum "imperialistischen Ökonomismus"", Gesammelte Werke, V. 23, S. 66

eher von oben herab geregelt wurde; in Abkommen zwischen der kolonialen und der nationalen Bourgeoisie, die neue Formen zur Sicherung ihrer Interessen fanden. Auch das hat Lenin vorausgesehen: „*Manchmal [kann] es sogar vorteilhaft sein ..., einzelnen kleinen Nationen so viel demokratische Freiheit wie möglich zu gewähren, bis hin zur politischen Unabhängigkeit...*“.<sup>23</sup>

## **Falsche Vorstellungen über die heutigen ungleichen und abhängigen Beziehungen**

Die Auflösung des Kolonialsystems bedeutet nicht, dass die internationalen Beziehungen nun durch gleichberechtigte Beziehungen gekennzeichnet seien. Das Gegenteil ist der Fall. Ungleiche Beziehungen mit allen Arten von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten sind den internationalen Beziehungen im Imperialismus inhärent. Die Auflösung des kolonialen Systems bedeutet auch nicht, dass es keine Überbleibsel mehr gäbe, wie zum Beispiel die Überreste des niederländischen Kolonialismus in der Karibik. Der Kampf gegen solche Überbleibsel des Kolonialismus ist wichtig.

Es gibt alle möglichen Missverständnisse über diese tiefgreifenden Entwicklungen, die die Grundlage für bestimmte opportunistische Auffassungen darüber bilden, was Imperialismus bedeutet. Solche opportunistischen und bürgerlichen Ansichten werden von der Bourgeoisie mit dem Ziel gefördert, die antiimperialistischen Bewegungen zu desorientieren und sie für die Interessen der Bourgeoisie zu manipulieren und zu benutzen.

So gibt es Analysen, die die real existierenden Abhängigkeitsverhältnisse im heutigen Imperialismus einseitig betrachten und von einem neuen System des „Neokolonialismus“ sprechen oder die Mehrheit der Länder der Welt als „abhängige Länder“ bezeichnen. Dies ist eine Sichtweise, die den Entkolonialisierungsprozess und die Machtübernahme der nationalen Bourgeoisie in den ehemaligen Kolonien grundlegend leugnet oder unterschätzt. Der Widerspruch zwischen dem Westen und dem „Globalen Süden“, zwischen Nord und Süd oder zwischen Zentrum und Peripherie wird fälschlicherweise zum Hauptwiderspruch hochstilisiert (und nicht die Klassenwidersprüche innerhalb der einzelnen Länder).

---

<sup>23</sup> Ebenda, S. 51

Im Grunde handelt es sich um klassenlose Ansätze, die die Klassenwidersprüche in den ehemals kolonisierten Ländern verschleiern. In ihrem Kern laufen diese Ansichten oft auf eine Leugnung des Imperialismus als Monopolphase des Kapitalismus hinaus, wie sie von Lenin formuliert wurde.

Solche Missverständnisse führen dazu, dass ihre Anhänger dafür plädieren, die Bourgeoisie von Ländern mit einer weniger günstigen Position in der imperialistischen Pyramide zu unterstützen, oder sogar die Bourgeoisie von Ländern, die eine relativ starke Position haben, deren Interessen sich aber gegen „den Westen“ oder gegen die USA richten, das Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg als das stärkste Land im internationalen imperialistischen System auftrat. Solche Kräfte unterstützen oft sozialdemokratische oder sogar reaktionäre politische Kräfte in den Ländern, die sie als „Neokolonien“, „abhängige Länder“ oder die „Dritte Welt“ betrachten. Dies ist schädlich, weil es nicht die Arbeiterklasse dieses Landes in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung unterstützt, sondern die kapitalistische Ausbeutung durch eine „nationale Bourgeoisie“ billigt und verteidigt.

Teile von Lenins Werken zum Imperialismus werden dabei aus dem Zusammenhang gerissen oder einseitig betrachtet. Lenins Position zum Imperialismus seiner Zeit, in der er davon spricht, dass eine Handvoll reicher Länder den Rest der Welt ausbeutet, wird sozusagen in der Zeit versteinert und zum Dogma erhoben. Der Kontext, in dem Lenin dies schrieb, wird außer Acht gelassen. Es wird davon ausgegangen, dass die gleichen Länder wie damals unter dem Begriff „der Westen“ den Rest der Welt ausbeuten. Folglich wird davon ausgegangen, dass nur einige wenige Länder an der Spitze der imperialistischen Pyramide als imperialistisch angesehen werden können und alle übrigen schwächeren Länder der Welt nicht imperialistisch sind.

Die Realität ist jedoch, dass aufgrund historischer Ereignisse (von denen eines sehr wichtig ist, die Auflösung des Kolonialsystems) der Monopolkapitalismus in praktisch jedem Land herrscht. Lenin hat bereits darauf hingewiesen, dass die Bourgeoisie jedes Landes, in dem sie in der Periode des Monopolkapitalismus an der Macht ist, eine imperialistische Politik verfolgt, und nicht nur die Bourgeoisie der stärksten Länder in der imperialistischen Pyramide. Natürlich ist der Einfluss z.B. einer Weltmacht wie den USA um ein Vielfaches größer als der eines Landes wie Indonesien, das einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklungen in der südostasiatischen Region hat, oder eines

kleinen Landes, dessen Einfluss sehr begrenzt ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch diese Bourgeoisie die Arbeiterklasse ausbeutet und dass der Staat seine Außenpolitik mit dem Ziel gestaltet, die Position seiner Monopole im imperialistischen System gegen die Konkurrenz zu stärken.

Auf diese Weise wird die berechtigte Sympathie mit den Völkern u.a. in Afrika, Asien und Lateinamerika, die von ihrer eigenen Bourgeoisie und ganz sicher auch von den großen westlichen Monopolen ausgebeutet und unterdrückt werden, von den Opportunisten benutzt, um den Kampf für den Sozialismus in einen Kampf für die Stärkung der Position dieser nicht-westlichen Kapitalisten zu verwandeln. Die tatsächliche imperialistische Politik von Ländern oder Blöcken, die sich dem euroatlantischen Imperialismus entgegenstellen, wird als „Bruch mit dem westlichen Neokolonialismus“ schöngeredet.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass Lenin zu seiner Zeit die Bedeutung der politischen Unabhängigkeit der Arbeiterbewegungen, auch in den Kolonien, betonte und dass jeder gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse und der revolutionären Elemente der nationalen Bourgeoisie endet, sobald die bürgerlichen Transformationen abgeschlossen sind. Die Strategie der Unterstützung der revolutionär-nationalen Bewegungen hatte also ein Enddatum und nahm bereits den zukünftigen Klassenkampf zwischen der „nationalen“ Bourgeoisie und der sich entwickelnden Arbeiterklasse zusammen mit anderen unterdrückten Bevölkerungsschichten wie den Kleinbauern vorweg.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts, insbesondere mit dem Aufkommen des Eurokommunismus und ganz allgemein der reformistischen Strömung in der internationalen kommunistischen Bewegung, die ab den 1950er Jahren allmählich an Einfluss gewann, wurden der „nationalen Bourgeoisie“ ungerechtfertigte Zugeständnisse gemacht, die in vielen Ländern die Entwicklung der Arbeiterbewegung behinderten.

Heute wird die Verwirrung durch alle möglichen bürgerlichen Theorien wie den „Postkolonialismus“ und die Bewegung zur kulturellen „Entkolonialisierung“ weiter angeheizt. Solche Bewegungen haben in erster Linie einen akademischen Charakter. Es handelt sich nicht um eine kohärente Theorie, sondern um eine Tendenz. Es handelt sich um einen eminent idealistischen Ansatz, der sich auf die reaktionäre postmoderne Philosophie stützt. Sie stellt sich als eine Bewegung gegen den Kolonialismus und seine Überbleibsel dar,



kritisiert aber nur seine (kulturellen und ideologischen) Erscheinungsformen, und zwar in einer Weise, die sie vom Inhalt, vom Wesen und vom historisch-materialistischen Ansatz des Themas loslöst. Infolgedessen geht die (berechtigte) Kritik an einer Form der Unterdrückung (wie der kolonialen Form) manchmal sogar mit einer Beschönigung anderer Formen einher (wie der vorkapitalistischen Formen, die in den ehemaligen Kolonien existierten).

Der Kern unseres Ansatzes in Bezug auf den heutigen Imperialismus ist, dass die Bourgeoisie keine fortschrittliche Rolle mehr spielt. Die bürgerlichen Transformationen sind fast überall abgeschlossen, auch in den ehemaligen Kolonien und dort, wo Überreste des Kolonialsystems existieren. Der Kampf gegen die Überbleibsel des Kolonialismus ist wichtig und muss geführt werden, aber es ist ein Kampf, der heute nur von der Arbeiterklasse und den unterdrückten Bevölkerungsschichten im Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden kann, nicht von der Bourgeoisie. Antikoloniale Strategien der Vergangenheit, die auf Bedingungen beruhten, unter denen das Kolonialsystem noch existierte, unter denen vorkapitalistische Verhältnisse noch existierten und bürgerliche Revolutionen noch nicht abgeschlossen waren, können nicht auf die heutige Situation übertragen werden.

## **Der Einfluss von falschen Vorstellungen über den Imperialismus auf die Bewegung**

Falsche Vorstellungen über den Imperialismus beeinflussen die Bewegung in den Niederlanden. Erstens führen sie zu bestimmten Missverständnissen über die Stellung der niederländischen Bourgeoisie im internationalen imperialistischen System. Manchmal wird sie einseitig so dargestellt, als seien die Niederlande ein „Schoßhündchen der USA“, Deutschlands oder der EU. Solche Ansichten werden u. a. von der extremen Rechten, aber auch von sozialdemokratischen und opportunistischen Kreisen verbreitet. Die niederländische Bourgeoisie ist jedoch kein „Opfer“ oder hilfloses Anhängsel des einen oder anderen mächtigeren Staates. Die zwischenimperialistischen Beziehungen sind natürlich ungleich, aber innerhalb dieser ungleichen Beziehungen beteiligt sich die niederländische Bourgeoisie auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen und ihrer eigenen imperialistischen Politik an imperialistischen Bündnissen und wählt aus, mit welchen Ländern sie Verbindungen eingeht. Es ist bemerkenswert, dass die Niederlande relativ stärker aus den vergange-

nen kapitalistischen Wirtschaftskrisen hervorgegangen sind als die Nachbarländer.

Andererseits wird der Irrglaube verbreitet, dass die gesamte niederländische Arbeiterklasse von der Ausbeutung der niederländischen Monopole im Ausland profitieren würde. Hierbei handelt es sich um eine falsche Theorie, die fälschlicherweise versucht, die gesamte Arbeiterklasse in den Niederlanden als „privilegiert“ oder Arbeiteraristokratie darzustellen. Anstatt das Verständnis dafür zu fördern, dass 18 die Arbeiterklasse und die unterdrückten Bevölkerungsschichten in den verschiedenen Ländern die gleichen Interessen haben, dass sie alle von den Monopolen unterdrückt werden, dass der Kapitalismus die Grundlage sowohl für die kapitalistische Ausbeutung als auch für den Rassismus ist, propagiert sie damit einen falschen Gegensatz zwischen „Weißen und Farbigen“, der die Arbeiterklasse intern spaltet. So wird die berechtigte Abneigung gegen den Rassismus gegen nichtweiße Menschen - der unbedingt bekämpft werden muss - dazu benutzt, die Klassenspaltung zu verschleiern und die Arbeiterklasse an der Einheit zu hindern. Solche Ansätze wirken sich auf die antirassistische Bewegung, aber auch auf Initiativen für internationale Solidarität aus, weil sie das Verständnis dessen untergraben, was wir mit dem Slogan sagen: „Ihr Kampf, unser Kampf!“ Es ist ein Ansatz, der vor allem aus der Ecke des Kleinbürgertums und der eigentlichen Arbeiteraristokratie selbst kommt, die den Lebensstandard der Arbeiterklasse in den Niederlanden weit überschätzt, aber er zieht sich durch alle Schichten der Bevölkerung.

## **Missverständnisse und Illusionen über den aufstrebenden Imperialismus**

Eine wichtige Entwicklung im 20. Jahrhundert war der Aufstieg der USA zum mächtigsten Land des Imperialismus. Unter anderem durch die großflächige Zerstörung von Teilen Europas während des Zweiten Weltkriegs gelangte die US-Bourgeoisie in eine dominante Position. Dieser Aufstieg ist auch mit der Entkolonialisierung verbunden, die dem US-Kapital neue Märkte eröffnete, die zuvor in den Händen der europäischen Kolonialmächte lagen. Der Kapitalexport im großen Stil brachte große Gewinne. Darüber hinaus erlangten die USA auch eine starke politische und militärische Macht in verschiedenen Teilen der Welt.

Die Vormachtstellung der USA bildet die Grundlage für die Fehlinterpretation, die USA seien gleichbedeutend mit Imperialismus. Daraus folgt dann eine falsche Strategie, die besagt, dass nur ein imperialistischer Block oder ein imperialistisches Land, das mächtigste, das Hauptproblem ist. Aus diesem „Antiimperialismus“ folgt auch die Strategie, dass eine „multipolare Welt“ wünschenswert wäre. Damit unterstützt diese Idee das Streben von Kapitalisten aus verschiedenen Ländern, die nicht zur Spitze des Imperialismus gehören, nach einer besseren Position innerhalb des imperialistischen Systems.

Sie hängt mit den bereits erwähnten falschen Vorstellungen über die Ungleichheit und die Abhängigkeitsverhältnisse im Imperialismus zusammen, aber auch mit allen Arten von Theorien, die behaupten, dass der Imperialismus vorbei ist oder in eine neue „neo-“, „hyper-“, „spät-“ oder „postimperialistische“ Phase eingetreten ist. Häufig beruht dies auf einer Fehlinterpretation der Bedeutung bestimmter Trends wie der Dominanz der USA, aber auch der Internationalisierung der Produktion („Globalisierung“) oder der Rolle des Finanzsektors.

Die Theorie der „multipolaren Welt“ verwirrt die antiimperialistische Bewegung. Die implizite These der Befürworter einer „multipolaren Welt“ ist, dass die imperialistische euro-atlantische Bourgeoisie in Wirklichkeit die einzigen Imperialisten sind und dass folglich jede Opposition der Bourgeoisie von Ländern, die entgegengesetzte Interessen zur euro-atlantischen Bourgeoisie haben, wie die russische oder iranische Bourgeoisie, unterstützenswert wäre.

Darüber hinaus wird auch argumentiert, dass die multipolare Welt für ein „Gleichgewicht“ in der Welt sorgen könne. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine Wiederbelebung des von Lenin kritisierten kautskianischen Konzepts des „Ultraimperialismus“. Kautsky argumentierte, dass die Bildung internationaler Kartelle die Möglichkeit schaffen würde, den Frieden im Kapitalismus zu erhalten. Solche Erwartungen werden auch von der Theorie einer multipolaren Welt geweckt. Dass die Kapitalisten die Welt „friedlich“ unter sich aufteilen und sich gegenseitig im Gleichgewicht halten können, ist jedoch eine große Illusion. Diese Analyse leugnet die Gesetze des Imperialismus und die Tatsache, dass die Konkurrenz zwischen den verschiedenen imperialistischen Blöcken tatsächlich zunimmt und im Gegenteil eine große Gefahr für den Frieden darstellt.

Es ist nicht schwer zu erkennen, dass diese Ansichten oft mit Illusionen über Russland als „antiimperialistische“ oder „friedliebende“ Macht einhergehen. Dies hat mit Fehlinterpretationen der Konterrevolutionen zu tun, die Ende des letzten Jahrhunderts nach der Erosion des Sozialismus stattfanden. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion kam der Monopolkapitalismus an die Macht, und es gilt die Theorie des Imperialismus. Das heutige Russland, das keine Ähnlichkeit mit der ehemaligen Sowjetunion hat, ist ein kapitalistisches Land, in dem die russische Bourgeoisie und ihre Monopole die Bevölkerung beherrschen und ausbeuten. Opportunisten, die implizit oder explizit behaupten, der Imperialismus sei gleichbedeutend mit den USA oder „dem Westen“, haben oft noch Illusionen über den Charakter des heutigen Russlands. So wird beispielsweise behauptet, Russland habe die friedliebende Politik der Sowjetunion geerbt.

In Wirklichkeit war der Kampf der Sowjetunion um den Frieden das Ergebnis des sozialistischen Charakters ihres Systems. Mit dem Sturz des Sozialismus kam in den verschiedenen ehemaligen Staaten der Sowjetunion, einschließlich Russland, eine Bourgeoisie an die Macht, die „die Politik mit anderen Mitteln fortsetzte“. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine und die heuchlerischen Vorwände dafür sind ein Beispiel dafür. Es ist klar, dass die Sowjetunion nicht mehr existiert, und Illusionen über den Charakter des heutigen Russlands sorgen nur dafür, dass die Arbeiterklasse hinter dem einen oder anderen imperialistischen Räuber hergeschleift wird.

Die oben genannten opportunistischen und bürgerlichen Vorstellungen über den Imperialismus müssen bekämpft werden, um zu verhindern, dass die Arbeiterklasse als „Reserve“ benutzt wird, um den verrotteten Kapitalismus überall auf der Welt am Leben zu erhalten. Dies ist natürlich nur ein allgemeiner Überblick über bestimmte Tendenzen, die in den kommenden Jahren auf der Grundlage weiterer Studien weiter ausgearbeitet werden sollen.

### III. Aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen

Auf einige aktuellere Entwicklungen der letzten Zeit in den internationalen Beziehungen wird ausführlicher eingegangen. Die hier erwähnten Daten zur aktuellen Situation sind hauptsächlich indikativ, da sich die aktuellen Entwicklungen ständig ändern und es in der Zukunft abzuwarten bleibt, in welche Richtung sich bestimmte Dinge entwickeln werden.

#### **Entwicklungen in der internationalen Wirtschaft**

Den gegenwärtigen Entwicklungen im imperialistischen System und in den internationalen Beziehungen liegen Entwicklungen in der Wirtschaft zugrunde.

Die „Vierte industrielle Revolution“ und allgemeiner die Entwicklungen in Technik und Wissenschaft führen zu einer Weiterentwicklung der Produktivkräfte (während die Entwicklung der Produktivkräfte gleichzeitig die Weiterentwicklung der Technik vorantreibt). Dies führt jedoch nicht zu mehr Bedürfnisbefriedigung und mehr Freizeit für die arbeitenden Menschen. In den Händen des Großkapitals wird die Entwicklung der Produktivkräfte vielmehr als Mittel zur Steigerung der Ausbeutung und zur weiteren Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten eingesetzt. Das Gesetz der ungleichen Entwicklung gilt für die Entwicklung der Wirtschaft, wo die Stärkung einer kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten einer anderen das internationale Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Staaten und den imperialistischen Verbänden beeinflusst.

Das kapitalistische Wirtschaftswachstum wird regelmäßig durch Wirtschaftskrisen unterbrochen, so auch im Jahr 2020. Im Gegensatz zu den Behauptungen der bürgerlichen Ökonomen ist die Krise keine Abweichung von der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus, die durch äußere Faktoren (wie die Pandemie) verursacht wurde. Im Gegenteil, die Krise ist eine gesetzmäßige und notwendige Folge der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung selbst. Diese Krisen betreffen die verschiedenen Volkswirtschaften in unterschiedlicher Weise. Die Staaten unterscheiden sich auch in ihrer Fähigkeit, die Folgen

der kapitalistischen Wirtschaftskrisen für das Kapital abzumildern. So drückt sich das Gesetz der ungleichen Entwicklung auch in Krisenzeiten aus.

Ein wichtiger Trend in der Wirtschaft, der vom Imperialismus gefördert wird, ist die Internationalisierung der Produktion (in der bürgerlichen Lehre als „Globalisierung“ bezeichnet). Es werden nicht nur Produkte und Dienstleistungen für den Export produziert, während importierte Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung stehen, sondern bei vielen Waren finden auch verschiedene Stufen des Produktionsprozesses (Abbau von Ressourcen, Produktion von Halbfertigprodukten, Zusammensetzung des Produkts usw.) in verschiedenen Ländern statt.

Die Internationalisierung der Produktion ist kein neues Phänomen. Auch in vorkapitalistischen Gesellschaften gab es bereits internationale Interaktionen und Abhängigkeitsbeziehungen innerhalb der durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte gesetzten Grenzen. Die Bedingungen, unter denen diese Interaktion stattfindet, werden durch die vorherrschende sozioökonomische Formation bestimmt. Der Aufstieg des Kapitalismus ging mit der Entstehung des Weltmarkts einher. Die Internationalisierung der Produktion war eine wichtige Triebkraft für die Entwicklung des Kapitalismus, aber der Kapitalismus fördert seinerseits die Internationalisierung. Diese Entwicklung setzte sich im Imperialismus fort, teilweise aufgrund der Entwicklung von Technologie und Transportmitteln, die die Entfernungen verringerten, der Zunahme und Entwicklung der Produktivkräfte, aber auch aufgrund des Kapitalexports und anderer Merkmale des Imperialismus.

Je nach den Umständen können Teile des Kapitals ein größeres Interesse daran haben, den Freihandel zu fördern, während sie zu einem anderen Zeitpunkt den Protektionismus unterstützen. Der Freihandel kann durch Freihandelsabkommen gefördert werden, die oft negative Auswirkungen auf Arbeitnehmerrechte und Löhne haben. Einige Beispiele aus den letzten Jahren sind CETA (EU und Kanada im Jahr 2017), USMCA (Nordamerika seit 2018 als Nachfolger von NAFTA) und RCEP (südost- und ostasiatische Länder, Australien und Neuseeland im Jahr 2022). Protektionistische Maßnahmen zielen darauf ab, den ausländischen Wettbewerb zugunsten von Teilen des inländischen Kapitals, die ein Interesse daran haben, einzuschränken. Dies geschieht durch Einfuhrzölle, Einfuhrquoten, Verfahrensschranken, Produktnormen,

Sanktionen, Subventionen für die einheimische Produktion usw.<sup>24</sup> Wir können mehrere Handelskriege beobachten, in denen sich Staaten gegenseitig Sanktionen und protektionistische Maßnahmen auferlegen. Das bekannteste Beispiel ist der Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und China. In letzter Zeit gibt es einen allgemeinen internationalen Trend zu einer protektionistischeren Politik, insbesondere seit der kapitalistischen Wirtschaftskrise von 2020. Er ist Ausdruck der Verschärfung der internationalen Widersprüche und der durch die Überakkumulation des Kapitals verursachten Probleme.

## **Neuaustrichtung des internationalen Kräfteverhältnisses**

Betrachtet man die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, so zeigt sich in den letzten Jahrzehnten ein Trend zur Stärkung der wirtschaftlichen Position insbesondere Chinas und mit einigem Abstand auch anderer BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien und Südafrika) zu Lasten des Anteils der USA, der EU, des Vereinigten Königreichs und Japans.

Der Schwerpunkt in den internationalen Beziehungen verlagert sich zunehmend nach Asien. Dort lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung (sprich: Arbeitskräfte) und es ist reich an unzähligen Ressourcen. Der Anteil Asiens am globalen BIP stellt daher den jeweiligen Beitrag anderer Kontinente zunehmend in den Schatten.

---

<sup>24</sup> Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist ein bekanntes Beispiel für Protektionismus. Es werden enorme Subventionen gewährt und alle möglichen Auflagen gemacht (oft unter dem Vorwand von Qualität, Gesundheit und Umwelt). Dies schränkt nicht nur den Wettbewerb mit ausländischen Agrarproduzenten ein, sondern ermöglicht auch den Export von Agrarprodukten zu Preisen, die unter dem Marktpreis und sogar unter dem Produktionspreis liegen. Diese Praxis wird als "Dumping" bezeichnet. Die GAP-Subventionen kommen vor allem den Großbauern zugute, denn der Zweck der GAP besteht darin, landwirtschaftliches Kapital und Land in den Händen großer kapitalistischer Betriebe zu konzentrieren, die dem internationalen Wettbewerb besser standhalten können. Damit trägt die GAP zum Ruin der kleinen und mittleren Landwirte bei. Die GAP sichert die Verfügbarkeit von billigen Agrarprodukten für das Industriekapital in der EU. Letztlich dient die GAP in erster Linie den Interessen der europäischen Monopole.

In den internationalen Widersprüchen nimmt die Konkurrenz zwischen den USA und China eine immer zentralere Rolle ein. Chinesische Monopole exportieren Kapital in verschiedene Teile der Welt, in denen früher das amerikanische Kapital dominierte. Dieser Kapitalexport erfolgt unter anderem durch den so genannten „One Belt One Road“ (in den Niederlanden besser bekannt als „Neue Seidenstraße“) und andere Projekte, die mit riesigen Investitionen chinesischer Monopole in Asien, Afrika, Süd- und Mittelamerika und Europa verbunden sind. Die Investitionen konzentrieren sich hauptsächlich auf die Bereiche Infrastruktur, Energie und Telekommunikation, aber auch auf andere Sektoren. Sie sichern Ressourcen, aber auch Märkte für chinesisches Kapital.

Angesichts des One-Belt-One-Road-Projekts kündigte die US-Regierung unter Biden zusammen mit den G7-Staaten (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Vereinigtes Königreich und EU) für Juni 2021 das Programm „Build Back Better World“ an. Die EU ihrerseits kündigte im Dezember 2021 das „Global Gateway“ (auch bekannt als „European Green Deal Worldwide“) an. Dieses Programm sieht 300 Milliarden Euro für Investitionen in Afrika, Asien, Lateinamerika und anderswo vor. Bislang scheinen sich diese Initiativen hauptsächlich auf bereits laufende Projekte zu stützen.

Es ist bemerkenswert, dass alle diese ehrgeizigen Projekte als Win-Win-Situationen dargestellt werden. Sie finden unter dem Vorwand statt, die globale Ungleichheit zu bekämpfen, indem die Infrastruktur in Ländern mit niedrigem Einkommen verbessert werde, der Klimawandel durch Förderung einer „grünen“ Entwicklung bekämpft werde, Demokratie und Arbeitnehmerrechte gefördert würden usw. All diese Investitionen finden jedoch im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des internationalen imperialistischen Systems statt. Die Realität ist, dass in diesem Rahmen keine gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit zum Nutzen der Völker möglich ist. Vielmehr gibt es alle Arten von ungleichen Abhängigkeitsverhältnissen, während die Arbeiterklasse unter der kapitalistischen Ausbeutung leidet und hauptsächlich das Großkapital profitiert.

Neben diesen ehrgeizigen Projekten der verschiedenen Blöcke spielen auch die internationalen Finanzinstitutionen und andere Organisationen eine wichtige Rolle bei der Förderung der Interessen des Kapitals. Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und andere internationale Organisatio-



nen werden beispielsweise hauptsächlich - aber nicht ausschließlich - vom amerikanischen und europäischen Kapital genutzt, um seine Interessen durchzusetzen, insbesondere in Ländern mit einer weniger günstigen Position im internationalen imperialistischen System. In den Ländern, in denen sich die Bourgeoisie an solche Finanzinstitutionen wendet, sind diese berüchtigt für die von ihnen geförderten Reformen, die die Einkommen und Rechte der Arbeiterklasse zugunsten der großen Monopole verschlechtern. Im Rahmen der Neuordnung der internationalen Beziehungen werden Initiativen ergriffen, z. B. von den BRICS-Staaten, um alternative Finanzinstitutionen zu gründen, um die Abhängigkeit vom euro-atlantischen Kapital zu verringern, den eigenen Kapitalexport zu erleichtern und ganz allgemein die Interessen der eigenen Bourgeoisie in der Weltwirtschaft zu fördern.

## **Verschärfung der internationalen Widersprüche**

Aufgrund der Neuordnung des internationalen Kräfteverhältnisses, die sich unter anderem durch das Gesetz der ungleichen Entwicklung zwangsläufig ergibt, verschärfen sich die internationalen Widersprüche um die Neuverteilung der Kontrolle über Ressourcen, Transportwege, Märkte und auch Territorien.

Die Konkurrenz zwischen den USA und China verschärft sich und spielt zunehmend eine zentrale Rolle in den internationalen Widersprüchen. In diesem Zusammenhang richtet das US-Militär seinen Blick zunehmend auf den Indischen und Pazifischen Ozean, eine Region, in der die USA über eine Vielzahl von Militärstützpunkten und Marinehäfen verfügen. Dieser „Pivot to Asia“ der USA wurde 22 2011 unter der Obama-Regierung ausgerufen. Danach wurden auch Ziele verkündet, um die Präsenz des US-Militärs und insbesondere der US-Marine in der Region zu verstärken, genauer gesagt sogar, um den Großteil der Stärke der US-Marine in der Pazifikregion einzusetzen. Die USA sind besorgt darüber, dass China inzwischen über eine größere Marine verfügt als die USA (gemessen an der Zahl der Schiffe) und dass China bei ballistischen Raketen, Luftabwehrsystemen usw. die Oberhand zu gewinnen droht. China hat seine Militärausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und 2017 in Dschibuti seinen ersten Stützpunkt in Übersee eröffnet.

Ausdruck dieser US-Orientierung sind auch die Militärbündnisse, die die USA in den letzten Jahren eingegangen sind. Im Jahr 2017 wurde ein politi-

ches und militärisches Bündnis mit Australien, Japan und Indien (Quad) (neu) gegründet. Einen Monat nach dem Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan verkündeten die USA gemeinsam mit Australien und Großbritannien die Gründung von AUKUS am 15. September 2021. Dies umfasst ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Bündnis, das eindeutig darauf abzielt, mit China zu konkurrieren. Das Abkommen der USA mit den Taliban und der Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan sind auch im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der US-Prioritäten auf der Grundlage ihrer strategischen Interessen zu sehen.<sup>25</sup>

Das Vereinigte Königreich und Frankreich, deren Kapital ebenfalls viel Handel und Investitionen in Asien tätigen und dort Chancen sehen, bauen ebenfalls ihre militärische Präsenz und diplomatischen Beziehungen in dieser Region aus.

Eine wichtige Rolle spielt das Südchinesische Meer, durch das etwa ein Drittel des weltweiten Seeverkehrs fließt. In dieser Region spielt die ASEAN eine wichtige Rolle. Dabei handelt es sich um einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss von 10 Ländern in Südostasien. ASEAN hat seit November 2002 eine Freihandelszone mit China und unterhält auch Beziehungen zu den USA, Russland und der EU.

Russland, das heute zweifelsohne ein kapitalistisches Land und Teil des internationalen imperialistischen Systems ist, spielt eine wichtige Rolle in den zwischenimperialistischen Widersprüchen. Betrachtet man die Größe der Wirtschaft, so schafft es Russland, je nach Quelle, gerade noch unter die Top Ten oder nicht. Aber es verfügt über relativ großen diplomatischen Einfluss und militärische Macht. Mit seinem militärischen Eingreifen in Syrien, das auf die von den USA angeführte Intervention folgte, gelang es Russland, die Pläne seiner Konkurrenten zugunsten der Interessen des russischen Kapitals in der Region zu durchkreuzen.

Die großen Widersprüche zwischen den USA, der NATO und der EU auf der einen Seite und Russland und seinen Verbündeten auf der anderen Seite spiegeln sich auch in den Entwicklungen in Osteuropa wider. Die Eskalation des

---

<sup>25</sup> Leitartikel, Die Entwicklungen in Afghanistan im Lichte der internationalen imperialistischen Widersprüche, <https://ncpn.nl/manifest/2021/08/afgparti.htm>.

imperialistischen Kriegen in der Ukraine, in dem Tausende getötet und Millionen vertrieben wurden, folgte auf die aufgebauten Spannungen, einschließlich des reaktionären Putsches, des Assoziierungsabkommens mit der EU und der Annexion der Krim durch die Russische Föderation im Jahr 2014.

In den Beziehungen zwischen den USA und der EU, insbesondere Deutschland, nehmen Konkurrenz und Widersprüche zu. Dies äußerte sich unter anderem im Scheitern der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (TTIP) im Jahr 2019 sowie in protektionistischen Maßnahmen und Sanktionen gegen die Monopole der jeweils anderen Seite. Gleichzeitig gibt es aber auch erneute Versuche einer engeren Zusammenarbeit im Wettbewerb mit China sowie Russland und anderen Blöcken, unter anderem durch die Stärkung der NATO.

Auch innerhalb der EU gibt es zahlreiche Widersprüche. Diese treten bei den festgefahrenen Verhandlungen zu einer Vielzahl von Themen zutage. Verschiedene Teile des Kapitals in jedem Mitgliedstaat haben ein Interesse an mehr oder weniger EU-Integration. Es gibt einen spürbaren Trend zum bürgerlichen Euroskeptizismus, der zum Ausdruck bringt, dass Teile der Bourgeoisie ein Interesse an einer weniger intensiven Zusammenarbeit oder in einigen Fällen sogar an einem Austritt aus der EU haben, oft weil sie sich die Tür für eine Zusammenarbeit mit konkurrierenden Machtblöcken offen halten wollen oder weil dies aus anderen Gründen von Vorteil ist.

Internationaler Wettbewerb und Widersprüche bringen Kooperationen und vorübergehende Kompromisse mit sich. So investieren beispielsweise amerikanische Monopole in China und umgekehrt, trotz Handelskriegen.

Das niederländische Kapital ist aktiv an den internationalen Widersprüchen beteiligt. Es beteiligt sich an imperialistischen Bündnissen wie der EU und der NATO, in denen die niederländische Bourgeoisie versucht, ihre Position zu stärken und ihre Interessen durchzusetzen. Die Niederlande beteiligen sich zunehmend an militärischen Interventionen, meist im Rahmen der NATO oder der EU. Ziel ist es, die Interessen des niederländischen Großkapitals im Ausland zu sichern und seinen Einfluss auszuweiten. Besonders stark engagieren sich die Niederlande in der Karibik, wo die niederländischen Kolonien noch als Überbleibsel des Kolonialsystems existieren.

Die zunehmenden Widersprüche zwischen den USA und China und die Verschärfung der internationalen Widersprüche im Allgemeinen haben wider-

sprüchliche Auswirkungen auf die Entwicklungen der verschiedenen imperialistischen Bündnisse.

## **Entwicklungen in imperialistischen Bündnissen**

Die Kapitalistenklasse verschiedener kapitalistischer Staaten strebt nach Zusammenarbeit in ihrem gemeinsamen Wettbewerb gegen andere Machtblöcke. Auf diese Weise werden imperialistische Bündnisse gebildet. Diese können wirtschaftlicher, politischer und/oder militärischer Natur sein. Die Bündnisse der Imperialisten heben die Konkurrenz und die Widersprüche zwischen ihnen nicht auf. Daher sind solche Bündnisse immer brüchig und voller Widersprüche.

Bei sich verändernden internationalen Machtverhältnissen kann die Kapitalistenklasse des einen oder anderen Landes beschließen, dass sie ein Interesse an mehr oder weniger Zusammenarbeit hat oder sogar aus einem Bündnis ganz aussteigen will.

### **NATO**

Die NATO ist ein imperialistisches Bündnis, das am 4. April 1949 als Instrument des kalten Krieges gegen den Sozialismus gegründet und im März 1946 vom britischen Premierminister Churchill in Anwesenheit von US-Präsident Truman ausgerufen wurde. Die NATO nahm Nazi-Elemente in ihre Reihen auf, darunter hochrangige Offiziere, die die Streitkräfte Nazideutschlands geführt hatten. Die Niederlande traten der NATO von Anfang an bei. Dies war eine Entscheidung der niederländischen Kapitalistenklasse und der politischen Parteien, die ihre Interessen vertraten. Der erste Generalsekretär der NATO, Hastings Ismay, fasste die wichtigsten Ziele wie folgt zusammen: „die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten“. Sie richtete sich also gegen die UdSSR und andere Länder, in denen der Sozialismus aufgebaut wurde, sie sollte die kapitalistische Macht in den Mitgliedsstaaten verteidigen und die Widersprüche innerhalb des imperialistischen Systems eindämmen.

Die bürgerliche Propaganda bezeichnete die NATO als ein „defensives“ Bündnis, das angesichts der „Bedrohung“ durch die Sowjetunion gegründet wurde.

Die UdSSR hatte, gerade weil sie ein sozialistisches Land war, keine solchen „offensiven“ Ziele. Die UdSSR stellte nur insofern eine „Bedrohung“ für die imperialistischen Mächte dar, weil sie eine Quelle der Inspiration für die Arbeiterklasse weltweit war, weil sie es dem Kapital unmöglich machte, einen bedeutenden Teil der Welt auszubeuten, und weil sie den Kampf der Völker gegen die Unterdrückung weltweit unterstützte. So hat die UdSSR beispielsweise den Kampf gegen den Kolonialismus aktiv unterstützt. Damit hat die UdSSR die Pläne der Imperialisten vereitelt.

Im Gegensatz dazu ist es die NATO, die als Bündnis kapitalistischer Staaten den Interessen der Kapitalistenklasse dient, die einen kriegerischen Charakter hat. Die systematische imperialistische Aggression der NATO (man denke an den Korea-Krieg) und ihre Expansion wurden von der UdSSR und anderen Ländern, die den Sozialismus aufbauen, mit der Gründung des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955 beantwortet.

Nach der Konterrevolution und der Auflösung der UdSSR und des Warschauer Paktes dehnte sich die NATO aus und umfasste die meisten der ehemaligen sozialistischen Länder. Im Vorfeld des NATO-Gipfels 2019 traten alle möglichen Widersprüche innerhalb der NATO zutage. Bezeichnenderweise wurde die NATO im Jahr 2016 vom damaligen US-Präsidenten Trump als „obsolet“ bezeichnet, und 2018 war sogar von einem möglichen Austritt der USA die Rede. Der französische Präsident Macron erklärte die NATO für „hirntot“. In dem Bemühen, diese Widersprüche zu mildern und die Prioritäten auf der Grundlage aktueller Entwicklungen zu aktualisieren, wurde die Strategie „NATO 2030“ entwickelt und auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021 angenommen, in der Russland und China als die größten Bedrohungen genannt werden.

## **EU**

Die EU wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht als imperialistisches Bündnis gegründet und ist die Fortsetzung der EWG. Die Grundlage der EU ist die Schaffung eines Binnenmarktes zwischen den Mitgliedsstaaten. Dies bedeutet den freien Verkehr von Waren (Produkte und Dienstleistungen sowie Arbeitskräfte) und bis zu einem gewissen Grad auch von Kapital zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten. Dieser Binnenmarkt soll sie in die Lage versetzen, mit anderen imperialistischen Blöcken zu konkurrieren.

Die EU stellt die Politik des Großkapitals in Europa dar, indem sie die Löhne der Arbeiter drückt und die öffentlichen Dienstleistungen abbaut und kommerzialisiert. So fördert sie die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals mit dem Ziel, die Position des europäischen Kapitals im internationalen imperialistischen System zu stärken.

Die aktuelle Struktur der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde durch den Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 geprägt. Der wichtigste Bestandteil dieser Politik ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das Ziel dieser Politik ist es, die Position der EU in der internationalen kapitalistischen Konkurrenz zu stärken, zum Nutzen der Monopole und auf Kosten der Menschen. Der durch Lissabon geschaffene Europäische Auswärtige Dienst fungiert als eine Art Außenministerium und gleichzeitig als Verteidigungsministerium der EU, an dessen Spitze der „Hohe Vertreter“ steht.

Der Europäische Verteidigungsfonds (EEF) stellt jährlich Milliardenbeträge für die Rüstungsindustrie bereit, um die militärischen Fähigkeiten der EU zu erweitern und die militärische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu fördern. Seit 2017 wird der Prozess der militärischen Zusammenarbeit jährlich mit der Coordinated Annual Review on Defence (CARD) überwacht und kontrolliert mit dem Ziel, imperialistische Pläne und die militärische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten durch die Koordinierung von Rüstungsprogrammen und die Angleichung von Entscheidungen bei der Waffenbeschaffung zu fördern.

Im Jahr 2018 wurde die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) eingerichtet, an der 25 der 27 Mitgliedstaaten teilnehmen (Dänemark und Malta sind noch nicht beigetreten, obwohl dies jetzt in Erwägung gezogen wird). Vor kurzem sind auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten der PESCO beigetreten, darunter die USA, Kanada und Norwegen. PESCO fördert die weitere Zusammenarbeit der Streitkräfte und ist verbindlich. Sie zielt darauf ab, die Fähigkeit der EU zu verbessern, im Ausland militärisch zu intervenieren. Auch die niederländischen Streitkräfte sind aktiv an PESCO beteiligt. Die im März 2021 eingerichtete Europäische Friedensfazilität stellt - zusätzlich zu den Mitteln aus dem EU-Haushalt - mehr als 5 Milliarden Euro für Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bereit. Sie wird als ein Instrument zur Konfliktverhütung und Friedensförderung dargestellt.

Das Gegenteil ist der Fall. Das Geld wird für Kriegszwecke verwendet, etwa zur Finanzierung laufender EU-Militärmissionen sowie zur Unterstützung der Streitkräfte von Ländern wie Georgien und Bosnien und Herzegowina, wo europäisches und russisches Kapital um Einfluss konkurrieren. Die EU ist auch an Konflikten in Afrika beteiligt, insbesondere in der Sahelzone, wo französische und andere europäische Streitkräfte die Interessen des europäischen Kapitals gegen die Konkurrenz von China, Russland, der Türkei und anderen verteidigen. Darüber hinaus war die EU direkt und indirekt (oft über die NATO) an einer Reihe von imperialistischen Kriegen und Interventionen beteiligt, z. B. in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen. Derzeit laufen 21 EU-Missionen in Afrika, Asien und Europa, von denen 9 militärisch und 12 „nicht-militärisch“ sind.

Im Jahr 2019 wurde das 414. Panzerbataillon von den deutschen und niederländischen Landstreitkräften aufgestellt, mit deutschen und niederländischen Soldaten. Es ist das erste Bataillon mit Soldaten aus zwei EU-Mitgliedstaaten. Die Idee einer „Europäischen Armee“, auf die vor allem Frankreich drängt, kursiert schon lange. Sie ist jedoch noch nicht verwirklicht worden. Das liegt vor allem an den widersprüchlichen Interessen der EU in Bezug auf die NATO und ihre Beziehungen zu den USA.

Frankreich drängt auf eine „strategische Autonomie“ der Europäischen Union, was bedeutet, dass die Europäische Union in der Lage sein muss, auf globaler Ebene selbst (militärisch) zu handeln - unabhängig von den USA und der NATO. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der NATO und der EU sowie den Entwicklungen in der Welt wird die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO gefördert. Am 10. Januar 2023 wurde in Brüssel eine gemeinsame EU-NATO-Erklärung mit Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit unterzeichnet.

Gewöhnlich präsentieren sich die NATO und die EU als Beschützer von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten, während sie den autokratischen und undemokratischen Charakter der konkurrierenden Kräfte wie China und Russland hervorheben. Auf diese Weise versucht der euroatlantische Imperialismus, sich als eine Art „Richter“ zu präsentieren, der weltweit zum Schutz „demokratischer Prinzipien“ eingreifen muss. Daher versucht er, angebliche Unterschiede zwischen einem guten und einem schlechten Imperialismus aufzuzeigen, um die Unterstützung des Volkes zu gewinnen. Dies sind unzu-

treffende Vorwände für imperialistische Interventionen und Kriege, deren einziger Zweck es ist, die Rolle der EU im internationalen imperialistischen System zu stärken.

### **Andere imperialistische Bündnisse**

Es gibt noch unzählige andere internationale Zusammenschlüsse, Organisationen oder Verträge wirtschaftlicher, politischer und/oder militärischer Art in der Welt. Einige beruhen auf einer umfassenden Zusammenarbeit, andere nur auf Vereinbarungen zu bestimmten Themen. Einige sind größer und haben globalen Einfluss, andere sind kleiner und haben Einfluss in einer bestimmten Region. In vielen dieser Bündnisse gibt es alle Arten von Widersprüchen. Diese werden auch dadurch genährt, dass sich verschiedene Teile der Bourgeoisie je nach ihren Interessen eher an der Zusammenarbeit mit z.B. den USA oder, im Gegenteil, an China orientieren.

Es entstehen Illusionen über einige Bündnisse, dass sie dem „Frieden und der Sicherheit“ dienen könnten, weil sie sich gegen die USA stellen. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie die Praxis zeigt. Der imperialistische Charakter internationaler Bündnisse wird durch den Klassencharakter der beteiligten Staaten bestimmt und nicht durch die Stellung des jeweiligen Bündnisses in der imperialistischen Pyramide.

Die bereits erwähnten BRICS wurden beispielsweise eine Zeit lang als eine Kraft dargestellt, die „Frieden und Sicherheit“ gewährleisten würde. Dieser Ansatz ignoriert jedoch die Tatsache, dass die BRICS aus kapitalistischen Ländern bestehen. Die Förderung der Interessen ihrer Monopole im Rahmen des internationalen Wettbewerbs ist das, was ihre Politik bestimmt, nicht die Interessen der Arbeiterklasse. Im Übrigen gibt es auch innerhalb der BRICS große Widersprüche, zum Beispiel durch die Grenzstreitigkeiten zwischen China und Indien, aber auch durch die Annäherungsversuche der USA an Brasilien und Indien.

Ein weiteres Beispiel ist die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CVKS), ein Militärbündnis Russlands mit Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Belarus. Der Charakter dieser Organisation wurde bei der Intervention in Kasachstan im Januar 2022 deutlich, als russische Streitkräfte im Rahmen des CVKS gegen Proteste der Bevölkerung eingesetzt wurden, um die kapitalistische Macht zu schützen.



In Asien spielt auch die 2001 gegründete Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. Dabei handelt es sich um ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Bündnis zwischen China, Russland und Indien sowie Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan. Kürzlich haben der Iran, die Türkei und Weißrussland ihre Absicht bekundet, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit beizutreten, und es bestehen auch Beziehungen zu anderen Ländern im Nahen Osten, in Nordafrika und Südostasien.

### **Aktuelle Krisenherde**

Es gibt eine Reihe von Krisenherden in der Welt, mit Konflikten oder Kriegen, die in Zukunft eskalieren und zu allgemeinen Kriegen führen könnten. In Osteuropa ist die Situation hochentzündlich. Auf dem Territorium der Ukraine findet ein imperialistischer (Stellvertreter-)Krieg zwischen den USA, der NATO und der EU auf der einen Seite und Russland und seinen Verbündeten auf der anderen Seite statt. Dies ist die Folge der Einmischung der USA und der EU in der Ukraine, die reaktionäre und faschistische Kräfte unterstützt haben, um das Land in den euro-atlantischen Block zu ziehen. Damit wurden wichtige Entwicklungen in der Region gegen die Interessen der Völker in Gang gesetzt. In der Ukraine kam es zu einem reaktionären Putsch, der faschistischen Organisationen freie Hand ließ, während Gewerkschafter und Kommunisten verfolgt wurden. Die Krim wurde von der Russischen Föderation annektiert. In der Ostukraine brach ein Krieg aus.

Die USA und die NATO verstärkten ihre Präsenz im Baltikum und in Osteuropa im Rahmen einer Strategie, die auf die Einkreisung Russlands abzielte. Es fanden groß angelegte Militärübungen wie Defender Europe und Atlantic Resolve statt, die im Wesentlichen eine Generalprobe für einen Krieg mit Russland darstellten. Russland forderte seinerseits einen Stopp der NATO-Erweiterung und stellte weitere Forderungen. Die Gespräche zwischen Russland, den USA und der NATO führten jedoch nicht zu einer Deeskalation. Im Gegenteil, mit der russischen Invasion auf der einen Seite und der fortgesetzten Einmischung der NATO und der EU auf der anderen Seite eskalierte die Situation weiter.

Ein weiterer Krisenherd ist der Nahe Osten. Der Krieg in Syrien hat seit 2011 Hunderttausende von Menschen getötet und Millionen vertrieben. Auch wenn

es den Anschein hat, dass die regierungsfreundlichen Kräfte mit Unterstützung Russlands die Oberhand gewonnen haben, bleiben Teile des Landes unter der Kontrolle der Dschihadisten. Amerikanische und russische Streitkräfte und Militärstützpunkte sind nach wie vor präsent, und die türkische Besatzung von Gebieten in Nordsyrien hält an. Der Kampf um die Aufteilung der Beute geht also weiter.

Auch am Persischen Golf ist die Lage instabil. Verschiedene Großmächte mischen sich stark in diese Region ein, zum Teil wegen ihrer Ressourcen und ihrer strategischen Lage als Knotenpunkt für wichtige internationale Verkehrswege. China engagiert sich zunehmend in der Region und unterzeichnete 2021 einen Vertrag mit dem Iran über eine erweiterte wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit, während es gleichzeitig wirtschaftliche Beziehungen zu Saudi-Arabien, den 27 Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Oman und anderen Ländern aufbaute.

Im Gegensatz dazu sind die Beziehungen Irans zu den USA und der EU sehr schlecht und führen mit einiger Regelmäßigkeit zu gefährlichen Zwischenfällen (wie der gegenseitigen Beschlagnahme von Schiffen mit dem Risiko bewaffneter Zusammenstöße zwischen Marineschiffen).

Der Krieg im Jemen seit 2014 hat Tausende von Menschen getötet und enormes Leid über die Arbeiterklasse gebracht. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die von den USA und anderen Verbündeten geführte Militärintervention unter Führung der Saudis und der VAE. Der Antagonismus zwischen Saudi-Arabien und den VAE auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite - mit der übergreifenden Konkurrenz zwischen amerikanischem und chinesischem Kapital im Hintergrund - ist mit dem Krieg im Jemen verbunden.

Auch das Leiden des palästinensischen Volkes unter der verbrecherischen israelischen Besatzung scheint kein Ende zu nehmen.

Gefährlich ist auch die Situation in Nordafrika. In Libyen herrscht ein erbitterter Wettbewerb um die Kontrolle der Ressourcen, in den sich zahlreiche Länder einmischen, darunter Frankreich, Italien, die USA, Russland, die Türkei, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere. Der Waffenstillstand und die Kompromisse sind sehr brüchig, und die Probleme nach der NATO-Intervention und dem Bürgerkrieg sind immer noch präsent.

In Asien gibt es eine Reihe weiterer Krisenherde. Besonders besorgniserregend sind die wachsenden Spannungen zwischen China und Taiwan, in die sich die USA und starke EU-Mitgliedstaaten einmischen. Es finden zahlreiche Militärübungen statt, und es besteht ein hohes Risiko, dass die Situation dort eskaliert.

Auch im Südchinesischen Meer gibt es einen komplexen Konflikt. Mit der „Neun-Strich-Linie“, erhebt China Anspruch auf Seegebiete, die die Philippinen, Vietnam, Indonesien, Malaysia und Brunei als ihre eigenen Gewässer betrachten (zwischen denen es übrigens auch Streitigkeiten gibt). Darüber hinaus gibt es Inseln, die von verschiedenen Ländern beansprucht werden.

Seit dem Krieg von 1962 gibt es immer wieder Grenzstreitigkeiten zwischen China und Indien, die gelegentlich sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern in umstrittenen Gebieten führen.

Indien und Pakistan befinden sich in einem Konflikt um die Region Kaschmir, der durch den zunehmenden chinesischen Einfluss in Pakistan einerseits und die Beziehungen zwischen Indien und den USA andererseits zusätzlich noch erschwert wird.

Ein weiterer Krisenherd ist der Balkan, wo amerikanisches, europäisches, russisches und chinesisches Kapital in heftigem Wettbewerb stehen. Der Plan, den westlichen Balkan in den euro-atlantischen Block zu integrieren, wird mit der Aufnahme von Albanien und Nordmazedonien in die EU fortgesetzt. Zwischen Serbien und dem NATO-Protectorat Kosovo besteht ein Konflikt. In Bosnien-Herzegowina gibt es eine bedeutende serbische separatistische Tendenz, die sich an Russland orientiert. Alte nationalistische Vorstellungen von einem „Großalbanien“ oder einem „Großserbien“ werden von der Bourgeoisie der Länder in der Region wiederbelebt.

Auch zwischen der Türkei und Griechenland kommt es immer wieder zu Konflikten, die regelmäßig zu bewaffneten Zwischenfällen führen. Die türkische bürgerliche Regierung propagiert die Idee einer „Blauen Heimat“ und erhebt Anspruch auf griechische Inseln und Hoheitsgewässer. Die türkische Besatzung Nordzyprens hält seit Jahrzehnten an.

Auch in anderen Gebieten gibt es Spannungen, die zu einer Eskalation führen können, wie auf der koreanischen Halbinsel, in Lateinamerika, in den Polarregionen und anderswo.

### **Wettrüsten und Atomwaffen**

Die internationalen Widersprüche manifestieren sich auch in der Zunahme der Rüstungsausgaben. Die USA haben derzeit mit über 800 Milliarden Dollar (38% der weltweiten Rüstungsausgaben) die mit Abstand höchsten Militärausgaben. An zweiter Stelle steht China mit fast 300 Milliarden Dollar (14%), und weit dahinter liegen Indien (77 Milliarden), Großbritannien (68 Milliarden), Russland (66 Milliarden), Frankreich, Deutschland, Saudi-Arabien, Japan und Südkorea. In der Regel geht die Aufrüstung mit einem Trend zur Militarisierung einher.

Darüber hinaus gibt es neun Länder mit Atomwaffen: USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Alle argumentieren, dass sie zur Verteidigung eingesetzt werden. Im Zusammenhang mit Konflikten - wie etwa in der Ukraine - deuten einige Länder jedoch regelmäßig an, zur nuklearen Strategie des „Erstschlags“ überzugehen. Amerikanische Atomwaffen sind auch in den Niederlanden stationiert, und zwar auf dem Luftwaffenstützpunkt Volkel.

Der wirtschaftliche Wettbewerb um die Kontrolle von Märkten und geostrategischen Positionen geht mit dem Streben nach Aufrüstung einher. Dabei kennt das Kapital keine moralischen Schranken. Das Wettrüsten gegen konkurrierende kapitalistische Staaten ist ein fester Bestandteil des Imperialismus.

## **IV. Imperialistischer Krieg und die Haltung der Kommunisten im Kampf um den Frieden**

Imperialistische Kriege sind schreckliche Entwicklungen für die Arbeiterklasse. Sie sind von großem Leid begleitet. Menschenleben werden zerstört. Viele sterben, andere verlieren Heim und Herd oder sind gezwungen zu fliehen und ihr Land und ihre Lieben zurückzulassen.

Aber Kriege sind nicht naturgegeben. Kriege werden auch nicht durch die menschliche Natur verursacht, wie bürgerliche Theoretiker manchmal behaupten. Die Ursachen für imperialistische Kriege liegen in den Interessen der Ausbeuter, die untereinander um die Kontrolle von Ressourcen, Transportwegen, Märkten und Einflussphären konkurrieren. Imperialistische Kriege sind das Ergebnis des kapitalistischen Systems, in dem der Profit das höchste Gut ist. Wenn es notwendig ist, um die Profite des Großkapitals zu sichern, zögern kapitalistische Staaten nicht, das Blut ihrer Einwohner auf dem Altar des Profits zu opfern.

### **Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln**

„Der Krieg ist nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, formulierte der preußische General und Stratege Carl von Clausewitz. Lenin bezog sich oft auf dieses Zitat, weil es das Wesentliche auf den Punkt bringt. Kriege lassen sich nicht von den Regierungen und Klassen trennen, die sie führen. Um einen Krieg zu beurteilen, dürfen wir uns jedoch nicht auf die von der einen oder anderen Seite vorgebrachten Vorwände verlassen. Der marxistische Ansatz konzentriert sich bei der Beurteilung von Kriegen auf die folgenden Fragen: Welche Klasse führt den Krieg? Zu welchem Zweck? Und auf welcher Stufe der historischen Entwicklung?

So mussten sich Marx und Engels im 19. Jahrhundert mit Kriegen auseinandersetzen, die Ausdruck bürgerlicher Bewegungen zur nationalen Befreiung waren. Es handelte sich um Kriege in einer Phase der Geschichte, in der die bürgerlich-demokratischen Umwälzungen noch nicht abgeschlossen waren (etwa in der Zeit zwischen der bürgerlichen Französischen Revolution von 1789 und der proletarischen Kommune von Paris 1871). Zu dieser Zeit spielte das Bürgertum in einigen Ländern noch eine fortschrittliche Rolle im Kampf gegen die Überbleibsel des Feudalismus und Absolutismus.

Ein weiteres Beispiel sind die heroischen nationalen Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker in den kolonisierten Ländern des 19. und 20. Jahrhunderts. Diese Kriege hatten einen anticolonialen Charakter - auf Seiten der Kolonisierten; auf Seiten des imperialistischen Kolonisators waren es hingegen imperialistische und koloniale Kriege.

Ein weiteres Beispiel ist der Krieg, den die UdSSR zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaus gegen die Invasion des Imperialismus in Form des Nazi-faschismus führte.

Dieser Krieg wurde von Seiten der UdSSR nicht von einer Bourgeoisie geführt, sondern von der Arbeiterklasse, die den Sozialismus verteidigte.

Heute sind die bürgerlich-demokratischen Umwälzungen fast überall abgeschlossen. Die Bourgeoisie spielt keine fortschrittliche Rolle mehr, sondern eine reaktionäre Rolle. Die Kriege, die von den kapitalistischen Ländern geführt werden, haben einen imperialistischen Charakter. Das heißt, sie werden von der Bourgeoisie, den Monopolen, mit dem Ziel geführt, in ihrem Kampf um Ressourcen, Transportwege, Märkte und Einflussphären die Welt neu aufzuteilen.

In solchen Kriegen, die auf beiden Seiten imperialistisch sind, hat die Arbeiterklasse keinen Grund, die Seite des einen oder anderen Imperialisten zu unterstützen. Lenin schrieb: „Die heutige Demokratie wird nur dann sich selbst treu bleiben, wenn sie sich weder der einen noch der anderen imperialistischen Bourgeoisie anschließt, wenn sie sagt, dass beide Seiten gleich schlecht sind, und wenn sie die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisie in jedem Land wünscht. Jede andere Entscheidung ist in Wirklichkeit nationalliberal und hat nichts mit echtem Internationalismus zu tun.“ (Lenin, "Unter falscher Flagge", Gesammelte Werke, V. 21, S. 144.)

### **Der Charakter von imperialistischen Kriegen**

Es ist wichtig, Kriege auf diese Weise zu bewerten, auf der Grundlage der Klassenanalyse. Denn um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, finden die kapitalistischen Staaten unzählige Vorwände für ihren imperialistischen Krieg. Zur Verteidigung der „nationalen Sicherheit“ angesichts einer „ausländischen Bedrohung“; zur Verteidigung „unserer Kultur“ oder „unserer Lebensweise“; für „Demokratie“; zum „Schutz von Minderheiten“; oder im Kampf gegen terroristische, fundamentalistische, faschistische oder andere reaktionäre Kräfte (angebliche oder tatsächliche).

Solche Vorwände werden angeführt, um die Unterstützung der Bevölkerung im imperialistischen Krieg zu sichern, denn in Kriegszeiten braucht die Bourgeoisie die „nationale Einheit“ mehr denn je. Hinter solchen Vorwänden ver-

birgt sich jedoch die Tatsache, dass die von der Bourgeoisie geführten Kriege im Zeitalter des Imperialismus nichts anderes als imperialistische Kriege sind, die aus dem kapitalistischen System selbst erwachsen.

Die Arbeiterklasse und andere unterdrückte Bevölkerungsschichten haben kein Interesse an imperialistischen Kriegen. Sie haben kein Interesse daran, sich gegenseitig zu bekämpfen und keinen Grund, sich zu hassen. Es sind die Kapitalisten, die in ihrem Streben nach Profit ständig miteinander konkurrieren und sich gegenseitig bekämpfen. Die Arbeiter sind gezwungen, ihr Leben in einem Kampf zu opfern, der sie nicht betrifft, nämlich der Konkurrenz zwischen den Monopolen, die untereinander um den Profit kämpfen, also um die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Lenin erkannte, dass Parolen wie „Verteidigung des Heimatlandes“ oder „nationaler Krieg“ nur für antikoloniale Kriege gegen die Imperialisten (zumal damals das Kolonialsystem noch existierte) sowie für (proletarische) nationale Befreiungsbewegungen in besetzten Ländern von Bedeutung waren. Für Kriege zwischen Imperialisten sind solche Slogans irreführend.

In bürgerlichen Ansätzen wird die Entwicklung des Kapitalismus als ein friedlicher Prozess betrachtet. Kriege werden als eine durch äußere Faktoren verursachte Anomalie betrachtet.

Das Gegenteil ist der Fall: Der imperialistische Krieg geht direkt aus dem imperialistischen Frieden hervor. In der Tat bereiten die Gesetze des Imperialismus in Zeiten relativen Friedens den nächsten imperialistischen Krieg vor. Das internationale Kräfteverhältnis ändert sich aufgrund des Gesetzes der ungleichen Entwicklung. Aufstrebende Monopole müssen sich Ressourcen, Transportwege und Märkte sichern, um zu überleben und zu wachsen. Sie konkurrieren mit anderen Monopolen, die versuchen, ihre Position zu halten und auszubauen. Dieser Wettbewerb wird aufgrund des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung immer schärfer. Wenn diese Konkurrenz nicht mehr mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln ausgefochten werden kann, werden die Streitkräfte des bürgerlichen Staates gegen andere Staaten eingesetzt, die konkurrierende Monopole vertreten.

Wenn ein Krieg ausbricht, öffnet sich die Büchse der Pandora. Es werden alle möglichen Entwicklungen in Gang gesetzt, die ihre eigene Dynamik haben. Es ist oft schwer vorherzusagen, wie weit der Krieg eskalieren wird, wer da-

ran beteiligt sein wird, wie lange der Krieg genau dauern wird und wie er ausgehen wird. Selbst ein relativ kleiner regionaler Konflikt kann unter Umständen der Funke sein, der die Eskalation zu einem allgemeineren Krieg auslöst. Oft verläuft die Entwicklung ganz anders, als es sich die Protagonisten vorgestellt haben.

Zumindest eines ist sicher: Die Arbeiterklasse auf beiden Seiten trägt immer die Hauptlast des imperialistischen Krieges. Der deutsche kommunistische Dramatiker und Dichter Berthold Brecht schrieb treffend: „Als der letzte [Krieg] zu Ende war, gab es Sieger und Besiegte. Unter den Besiegten hungerte das gemeine Volk. Unter den Eroberern hungerte ebenfalls das gemeine Volk.“

Die Ursache der imperialistischen Kriege liegt also letztlich im kapitalistischen Eigentum, in einem System, dessen Ziel der Profit ist und nicht die Bedürfnisse des Volkes. Nur der Sturz der bürgerlichen Macht durch eine sozialistische Revolution kann einen dauerhaften und demokratischen Frieden sichern und den imperialistischen Kriegen ein endgültiges Ende setzen.

## **Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und die leninistische Strategie gegen den imperialistischen Krieg**

### **Sozialer Chauvinismus und Pazifismus der Sozialdemokratie**

Bei Ausbruch des Ersten Imperialistischen Weltkriegs 1914 unterstützten die meisten Arbeiterparteien der Zweiten Internationale ihre nationale Bourgeoisie. Die Ausarbeitungen und Vereinbarungen der Kongresse der Zweiten Internationale mit der Position, imperialistische Kriege nicht zu unterstützen, wurden verworfen. Die Unterstützung der „eigenen“ Bourgeoisie und des Krieges wurde unter dem Vorwand gerechtfertigt, der Krieg sei „defensiv“. Jede Seite war fest davon überzeugt (was wir auch heute sehen).

Die sozialdemokratische Partei eines jeden Landes bezeichnete das feindliche Land als Aggressor und die eigene Bourgeoisie als „defensiv“. Für die „Verteidigung des Heimatlandes“ hielten die Sozialdemokraten eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie für notwendig. So wurde der Krieg von prominenten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung in ganz Europa gebilligt, die teilweise



sogar Minister in den bürgerlichen Regierungen wurden, die den imperialistischen Krieg führten.

Das bekannteste Beispiel ist die deutsche SPD, aber auch z.B. die französische SFIO stellte zwei Minister und einen Staatssekretär (Jules Guesde, Marcel Sembat und Albert Thomas) für die bürgerliche Regierung, während sie die Union Sacrée („Heilige Union“) proklamierte, was bedeutete, dass auf jede Opposition gegen die Regierung und jeden Streik verzichtet wurde.

Die sozialdemokratischen Parteien nahmen also die Position des Sozialchauvinismus ein. Chauvinismus ist eine reaktionäre bürgerliche Politik, die darauf abzielt, andere Völker zu unterwerfen und zu unterdrücken und Hass und Feindschaft zwischen den Völkern zu schüren. Er wird von rassistischen Theorien begleitet. Der Sozialchauvinismus ist der Ausdruck dieser reaktionären bürgerlichen politischen Bewegung in der Arbeiterbewegung. Die Sozialchauvinisten geben vor, Sozialisten zu sein, aber in der Praxis handeln sie als Chauvinisten, indem sie direkt oder indirekt den Krieg unterstützen und sich die Argumente der Bourgeoisie in Bezug auf den Krieg zu eigen machen.

Das Wesen des Sozialchauvinismus wurde von Rosa Luxemburg gut beschrieben: „Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests wird grundlegend revidiert und lautet nun in der von Kautsky geänderten Fassung: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch im Krieg die Kehle durch!“ (Rosa Luxemburg, Wiederaufbau der Internationalen, <https://www.marxists.org/archive/luxemburg/1915/xx/rebuild-int.htm>)

Als der Erste Weltkrieg im Sommer 1914 ausbrach, ging man davon aus, dass er spätestens im Herbst oder an Weihnachten vorbei sein würde. Doch der Krieg zog sich über Jahre hin. Die anfängliche enthusiastische und nationalistische Stimmung, in der sich die Sozialdemokraten mitreißen ließen, kippte allmählich. Als sich die Leichen stapelten und die Menschen unter Hunger und Problemen litten, entstand eine Atmosphäre der Enttäuschung, der Trauer, der Wut und vor allem der Sehnsucht nach Frieden. Es gibt komplexe historische Gründe, die die meisten Parteien der Zweiten Internationale dazu brachten, sich zu einer sozialchauvinistischen Position hinreißen zu lassen. Ein wichtiger Grund war, dass mit dem Aufstieg des Imperialismus die Arbeiteraristokratie als materielle Grundlage für den Einfluss des Opportunismus in der

Arbeiterbewegung entstanden war. Reformistische Tendenzen gab es ja schon vor dem Krieg.

Die Reformisten orientierten sich bereits zunehmend auf den bürgerlichen Staat als Instrument zur Durchsetzung von Verbesserungen. Sie orientierten sich bereits auf die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, und der Krieg war der Anlass, sich offen mit ihr zu arrangieren. Viele Parteien - vor allem in den Ländern, in denen sie legal agieren konnten - hatten nach und nach ihren revolutionären Charakter verloren. Sie wurden legalistisch<sup>26</sup> und fürchteten sich vor den Folgen einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Krieg.

„Mit einem absichtlich vagen Ausdruck - 'praktische Konsequenzen' - hat Kautsky die schlichte Wahrheit verschleiert, dass die großen und starken Parteien durch die Aussicht auf die Auflösung ihrer Organisationen, die Beschlagnahmung ihrer Gelder und die Verhaftung ihrer Führer durch die Regierung erschreckt wurden. Das heißt, Kautsky rechtfertigt den Verrat am Sozialismus mit den unangenehmen „praktischen Konsequenzen“, die sich aus der revolutionären Taktik ergeben. Ist das nicht eine Prostitution des Marxismus? 'Wir wären verhaftet worden', soll einer der sozialdemokratischen Abgeordneten, die am 4. August für die Kriegskredite stimmten, auf einer Arbeiterversammlung in Berlin erklärt haben. Die Arbeiter riefen daraufhin: 'Na, was wäre daran schlecht gewesen?' Nicht nur in Kriegszeiten, sondern geradezu in jeder akuten politischen Situation, ganz zu schweigen von Perioden revolutionärer Massenaktionen jeglicher Art, werden die Regierungen selbst der freiesten bürgerlichen Länder damit drohen, die legalen Organisationen aufzulösen, ihre Gelder zu beschlagnahmen, ihre Führer zu verhaften und andere 'praktische Konsequenzen' der gleichen Art anzudrohen. Was sollen wir dann tun?“ (Lenin, "Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale", Gesammelte Werke, V. 21, S. 255)

Die Bolschewiki hingegen waren durch den jahrelangen Kampf gegen den Zarismus unter Bedingungen der Unterdrückung und Verfolgung gestählt. Sie

---

<sup>26</sup> Der Legalismus konzentriert sich nur auf legale Formen des Kampfes und schließt illegale Formen des Kampfes unter allen Umständen aus. In dem Moment, in dem der bürgerliche Staat droht, den Kampf illegal zu machen (durch Verbot von Arbeiterorganisationen, Abschaffung des Streik- und Demonstrationsrechts usw.), lassen sich die Anhänger des Legalismus vereinnahmen und werfen das Handtuch.

erkannten rechtzeitig, dass die Formen des Kampfes den Bedingungen des Krieges und der zunehmenden Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat angepasst werden mussten.

„Es ist nicht ihre [der Sozialisten] Sache, für Kriegskredite zu stimmen oder den Chauvinismus im `eigenen` Land (und in den verbündeten Ländern) zu fördern, sondern in erster Linie gegen den Chauvinismus der `eigenen` Bourgeoisie zu kämpfen, ohne sich auf legale Kampfformen zu beschränken, wenn die Krise herangereift ist und die Bourgeoisie selbst die von ihr geschaffene Legalität beseitigt hat.“ (Lenin, "Stellung und Aufgaben der Sozialistischen Internationale", Gesammelte Werke, V. 21, S. 39)

Die Bolschewiki sind nicht in die Falle des Sozialchauvinismus getappt, aber sie haben sich auch nicht von dessen scheinbarem Gegenteil, dem Pazifismus, mitreißen lassen. Der Pazifismus ist eine bürgerliche Bewegung, die jeden Krieg ablehnt. Im Gegensatz zu den Kommunisten richteten sich die Pazifisten daher auch gegen gerechte Befreiungskriege (z.B. früher in den Kolonien oder in besetzten Gebieten).

Das Predigen des Friedens im Allgemeinen, egal welcher Art, wird als Mittel zur Kriegsbekämpfung angesehen. Die Imperialisten benutzen den Pazifismus, um ihre Kriegsvorbereitungen zu verschleiern oder wenn sie meinen, es sei an der Zeit, einen Krieg vorübergehend zu beenden, um die Beute aufzuteilen. Sie benutzen den Pazifismus, um den Kampf für den Frieden vom Kampf gegen die Ursachen der Kriege, gegen den Imperialismus, zu trennen.

Kommunisten engagieren ihre Kräfte für eine Friedensbewegung mit einer klassenorientierten, antiimperialistischen Linie, nicht für eine pazifistische. Der Ausdruck des Pazifismus in der Arbeiterbewegung wird auch Sozialpazifismus oder sozialistischer Pazifismus genannt. Je nachdem, wie ein Krieg verläuft und abhängig von allen möglichen anderen Faktoren, wird sich die Kapitalistenklasse früher oder später um einen Frieden bemühen. Genauer gesagt, einen imperialistischen Frieden, bei dem die Kapitalisten die Beute aufteilen. Dabei macht die Bourgeoisie Zugeständnisse und schließt Verträge ab, die häufig den Interessen der Arbeiterklasse schaden. Die Bourgeoisie, die in der Regel viel an den Kriegsgewinnen verdient, kann dann beim Wiederaufbau von der Ausbeutung der vom Krieg erschöpften Arbeiterklasse profi-

tieren - während der Countdown für den nächsten imperialistischen Krieg beginnt, denn der imperialistische Frieden ist immer vorübergehend.

Der imperialistische Frieden ist ebenso wie der imperialistische Krieg ein Gesetz des Imperialismus: Sie treten notwendigerweise auf und wechseln sich ab, solange die Gesellschaft auf dem Monopolkapitalismus basiert. Im Vorfeld des imperialistischen Friedens kann die Bourgeoisie Friedensparolen propagieren, um den Friedenswunsch der Bevölkerung auszunutzen. Während der Pazifismus zu Beginn des Ersten Imperialistischen Weltkriegs noch hauptsächlich im Kleinbürgertum und bei utopischen Sozialisten zu finden war, die von einem „friedlichen Kapitalismus“ träumten, wurde er irgendwann von (Teilen) des Bürgertums selbst übernommen. Selbst die Sozialdemokraten, die zuvor vom Sozialchauvinismus mitgerissen worden waren, wandten sich nach einiger Zeit dem Sozialpazifismus zu. Lenin betonte daher die „Einheit der Sozialchauvinisten mit den Pazifisten“.

Beide Strömungen sind auf die eine oder andere Weise Ausdruck der Interessen der Bourgeoisie. „Gerade jetzt, wo die herrschende Bourgeoisie sich anschickt, Millionen von Proletariern friedlich zu entwaffnen und sie sicher - unter dem Deckmantel einer plausiblen Ideologie und besprengt mit dem Weihwasser sentimentaler pazifistischer Phrasen! - aus den schmutzigen, stinkenden, fauligen Schützengräben, in denen sie geschlachtet wurden, in die Strafknechtschaft der kapitalistischen Fabriken zu überführen, wo sie durch ihre `ehrliche Arbeit` die Hunderte von Millionen Staatsschulden zurückzahlen müssen, gerade jetzt bekommt die Losung, die unsere Partei im Herbst 1914 an das Volk gerichtet hat, nämlich den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus umzuwandeln, eine noch größere Bedeutung, als sie zu Beginn des Krieges hatte“. (Lenin, "Eine Wende in der Weltpolitik", Gesammelte Werke, V. 21, S. 268-69)

### **Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus**

Die Losung von der Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus fasst die leninistische Strategie gegen den Krieg im Zeitalter des Imperialismus zusammen.

Unter Kriegsbedingungen kann die Macht der Bourgeoisie stark geschwächt werden, während die Massen durch das Kriegselend große Fortschritte in

ihrem Bewusstsein machen können. Kriege können also objektiv zum Entstehen einer revolutionären Situation führen. Dies geschah unter anderem während des Ersten Imperialistischen Weltkriegs in Russland und Deutschland.

Für den Erfolg der Revolution ist aber nicht nur dieser objektive Faktor wichtig. Sie erfordert auch den subjektiven Faktor. Es erfordert, dass die Partei in der Lage ist zu erkennen, dass es eine revolutionäre Situation gibt, dass die Partei darauf vorbereitet ist, dass sie in den Betrieben und in den Vierteln verwurzelt ist und dass sie in der Lage ist, die Arbeiterklasse in die sozialistische Revolution zu führen, die für die Arbeiterklasse den einzigen Ausweg für einen demokratischen und dauerhaften Frieden darstellt.

Dies ist die Strategie der Bolschewiki, mit der die sozialistische Oktoberrevolution aus dem ersten imperialistischen Weltkrieg hervorging. In Deutschland hat die revolutionäre Situation nicht zu einer erfolgreichen Revolution geführt. Viele Faktoren spielten dabei eine Rolle. Ein wichtiger Faktor war, dass sich die Kommunisten nicht rechtzeitig von den Sozialdemokraten und Opportunisten abgespalten hatten. Die SPD war die größte Partei der Zweiten Internationale. Die Tatsache, dass diese Partei den Reformismus und Revisionismus von Bernstein und Kautsky und dann den Sozialchauvinismus vertrat, beeinflusste die internationale Arbeiterbewegung.

Gerade deshalb war der Kampf von Revolutionären wie Luxemburg, Liebknecht, Mehring, Zetkin und anderen von enormer Bedeutung. Sie lehnten die reformistische Linie ab, den Klassenkampf unter dem Vorwand des Krieges aufzugeben. Sie vertraten die revolutionäre Strömung, die sagte: „Der Hauptfeind eines jeden Volkes steht in seinem eigenen Land!“ (Liebknecht, Der Hauptfeind steht im eigenen Land, <https://www.marxists.org/archive/liebknecht/works/1915/05/main-enemy-home.htm>)

Die Revolutionäre organisierten sich im Spartakusbund, blieben aber organisatorisch mit der SPD und nach der Spaltung 1917 mit der USPD verbunden, zu der Bernstein und Kautsky gehörten. Das Fehlen einer revolutionären Partei war ein Mangel, der in der Revolution von 1918-1919 schmerzlich deutlich wurde, in der die Sozialdemokraten die Oberhand gewannen und die kapitalistische Macht in Deutschland gerettet wurde.

Erst am Neujahrstag des Jahres 1919 wurde die KPD gegründet. Weniger als drei Wochen später wurden Luxemburg und Liebknecht von den konterrevo-

lutionären Soldaten ermordet, die letztlich vom Verteidigungsministerium geführt wurden, an dessen Spitze ein sozialdemokratischer Minister stand.

Andererseits führt ein Krieg keineswegs automatisch oder immer zu einer revolutionären Situation. In Großbritannien z.B. ist dies nicht um den Ersten Imperialistischen Weltkrieg herum geschehen. „Wir können den Bürgerkrieg weder „versprechen“ noch „dekretieren“, wie Lenin schrieb, „aber wir sind verpflichtet, weiter - wenn nötig sehr lange - in dieser Richtung zu arbeiten“. (Lenin, "Brief an A.G. Schljapnikow vom 17. Oktober 1914", Gesammelte Werke, V. 35, S. 164)

Auch wenn eine revolutionäre Situation nicht entsteht, ist der revolutionäre Kampf der Kampf, der Errungenschaften durchsetzen wird. Gegen die Reformisten, die auf einen imperialistischen Frieden mit einigen „Verbesserungen“ bei den Staatsgrenzen, dem Völkerrecht oder den Rüstungsausgaben setzten, erklärte Lenin Folgendes. „Die Frage ist nicht, wie die pazifistischen Kautsky-Anhänger behaupten: entweder eine reformistische politische Kampagne, oder der Verzicht auf Reformen. Das ist eine bürgerliche Darstellung der Frage. Die Frage ist: entweder revolutionärer Kampf, dessen Nebenprodukt, falls er nicht vollständig erfolgreich ist, Reformen sind (die ganze Geschichte der Revolutionen in der Welt hat das bewiesen), oder nichts als Gerede über Reformen und Versprechen von Reformen.“ (Lenin, "Bürgerlicher Pazifismus und sozialistischer Pazifismus", Gesammelte Werke, V. 23, S. 194)

## **Der Kampf um den Frieden heute**

Die Verschärfung der internationalen Widersprüche, der Krieg in Osteuropa und andere Krisenherde in der Welt zeigen die zunehmende Kriegsgefahr, nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch in größerem Maßstab. Die zwischenimperialistischen Widersprüche werden durch die kapitalistischen Wirtschaftskrisen und die sich verändernden internationalen Kräfteverhältnisse aufgrund der ungleichen Entwicklung weiter angeheizt. Bei der Beurteilung zwischenimperialistischer Widersprüche und Kriege ist es wichtig, nicht nur geopolitische Überlegungen anzustellen.

Intuitiv lautet die erste Frage, die man sich bei der Beurteilung eines Krieges stellt: „Wer ist der Aggressor?“ Doch Lenin kritisierte solche Analysen der Pazifisten: „Bei der Beurteilung des gegenwärtigen Krieges verwenden sie

bedeutungslose, vulgäre, philisterhafte Phrasen über Aggression oder Verteidigung im Allgemeinen...“ (Ebenda, S. 192)

In der Regel sind beide Seiten davon überzeugt, dass der Gegner der Aggressor ist, sei es, dass er den ersten Schuss abgibt, eine Drohung ausspricht oder alle möglichen Verbrechen begeht. In Wirklichkeit sind imperialistische Kriege jedoch das Ergebnis eskalierender zwischenimperialistischer Spannungen. Beide imperialistischen Blöcke eskalieren die Situation, bedrohen sich gegenseitig und geben sich gegenseitig Anreize zum Krieg.

Das sehen wir auch im aktuellen Krieg in der Ukraine, wo fruchtlose Diskussionen, einen Aggressor zu identifizieren, nur dazu führen können, den einen oder anderen Imperialisten zu entschuldigen. Es ist eine große Illusion, dass es „gute, friedliche Imperialisten“ neben „bösen, kriegerischen Imperialisten“ gibt. Der Imperialismus ist der Kapitalismus in seinem Endstadium, ein System, das den imperialistischen Krieg produziert, und dieses System bekämpfen wir. Dabei verurteilen wir natürlich jede aggressive Aktion, die zu einer weiteren Eskalation führt, egal von welchem Imperialisten sie ausgeht. Wir beurteilen Kriege auf der Grundlage einer wissenschaftlichen, einer dialektischen und materialistischen Betrachtungsweise der Entwicklungen.

Der Charakter des Krieges muss bestimmt werden, nicht danach, wer „angreift“ oder „verteidigt“ - sofern das überhaupt bestimmt werden kann -, sondern danach, welche Klasse den Krieg führt. Die Aufgabe der Kommunisten besteht nicht darin, die Arbeiterklasse dazu zu bringen, sich für den einen oder anderen Imperialisten zu entscheiden, sondern vielmehr darin, die Arbeiterklasse im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und das System, das die Kriege verursacht, zu organisieren.

Im Falle der Besetzung eines Landes führen die Kommunisten den Kampf, um den Widerstand der Arbeiterklasse selbst gegen die Besetzung zu organisieren. Gefährlich und desorientierend für die Arbeiterbewegung sind pazifistische Illusionen, zum Beispiel, dass das Völkerrecht den Frieden bewahren kann. Es ist nicht falsch, darauf hinzuweisen, wenn imperialistische Staaten oder Bündnisse das Völkerrecht verletzen. Aber es ist ebenso wichtig zu erkennen, dass das Völkerrecht auch oft gerade als Rechtfertigung für imperialistische Interventionen und Kriege benutzt wird. Das Völkerrecht ist nicht klassenlos und kann nicht von den Kräfteverhältnissen zwischen dem Kapita-

lismus und dem Kampf für den Sozialismus auf internationaler Ebene getrennt werden, die seit den Konterrevolutionen in der UdSSR und einer Reihe anderer Länder, in denen der Sozialismus im 20. Jahrhundert aufgebaut wurde, ungünstig sind.

Genauso gefährlich sind Illusionen über eine „multipolare Welt“. Auch hier wird der Kampf für den Frieden völlig von der Klassenfrage abgekoppelt. Mit dieser politischen Linie wird der Kampf für den Frieden lediglich zu einem Kampf gegen ein bestimmtes Kräfteverhältnis, gegen einen imperialistischen Block zugunsten anderer imperialistischer Blöcke. Dahinter steckt die Illusion, dass die Bourgeoisie den Frieden garantieren kann, oder dass der Frieden durch ein anderes Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Blöcken garantiert werden kann. Dies ist im Wesentlichen eine neue Form von Kautskys Theorie des Ultraimperialismus. Das Gleiche gilt für Theorien, die in der „Globalisierung“ ein Phänomen sehen, das den Krieg beenden könnte.

Ein ähnlicher Ansatz findet sich auch in Theorien, die argumentieren, dass die Integration in imperialistische Bündnisse Kriege verhindern könnte, und die beispielsweise die Europäische Union als etwas darstellen, das den Frieden in Europa garantieren würde.

Eine weitere schädliche Tendenz besteht darin, dass die Parteien die Forderung nach einem Austritt aus imperialistischen Bündnissen wie der NATO (oder der EU) durch die vage Forderung nach einer „Auflösung der NATO“ ersetzen. Eine Mogelpackung, die es vor allem erleichtert, im Rahmen der imperialistischen Bündnisse bürgerliche Regierungen zu unterstützen oder sich sogar an ihnen zu beteiligen, in der Erwartung, dass sie dann „aufgelöst“ werden. Diese Forderung wird übrigens manchmal auch von bürgerlichen, oft reaktionären Kräften erhoben, die Teile des Kapitals repräsentieren, die auf andere imperialistische Bündnisse setzen.

Auch innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung herrscht Verwirrung über solche Positionen.

Dies ist zum Teil das Ergebnis der Tatsache, dass die leninistischen Ausarbeitungen zu Krieg und Frieden durch den Eurokommunismus und den Reformismus im Allgemeinen völlig verdrängt worden sind. Die Theorie der „friedlichen Koexistenz“, wie sie von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) seit dem 20. Parteitag vertreten wurde, spielte dabei ebenfalls eine



Rolle. Die leninistische Theorie des Krieges und des Imperialismus ist das Ergebnis der Anreicherung der Ausarbeitungen von Marx und Engels mit den Erfahrungen der kommunistischen Bewegung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und der wissenschaftlichen Untersuchung dieser Erfahrungen.

Anstatt diese Theorie auf der Grundlage aktueller Entwicklungen weiter zu bereichern, wurden diese Lehren von der reformistischen Tendenz zugunsten der oben genannten klassenlosen Ansätze verworfen. Es ist nicht die Bourgeoisie, die den Frieden durch internationales Recht oder ein multipolares Kräfteverhältnis garantieren kann. Im Gegenteil, die Imperialisten sind diejenigen, die Kriege verursachen. Die einzige gesellschaftliche Kraft, die in der Lage ist, den Kampf für den Frieden und gegen den Krieg zu führen, ist die Arbeiterklasse, in Zusammenarbeit mit anderen unterdrückten Bevölkerungsschichten. Im Kampf gegen jede Kriegshetze, gegen Aufrüstungsprogramme, gegen Militarisierung, gegen imperialistische Bündnisse, gegen die Beteiligung des bürgerlichen Staates an imperialistischen Interventionen und Kriegen kann die Arbeiterklasse den Frieden verteidigen und Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft schaffen, die die endgültige Beendigung von Kriegen garantieren kann.

Für uns als NCPN bedeutet das, dass wir unsere Kräfte im Kampf gegen die NATO und die EU, gegen die Beteiligung niederländischer Streitkräfte an imperialistischen Militärinterventionen und Kriegen, auch gegen die Interventionen des niederländischen Staates in der Karibik, einsetzen. Wir setzen uns für die Entwicklung des Friedenskampfes mit einer antiimperialistischen Ausrichtung ein, nicht gegen das eine oder andere Land oder Bündnis, sondern gegen das imperialistische System als Ganzes, gegen die Kapitalistenklasse und alle imperialistischen Bündnisse gerichtet.

Derzeit gibt es in den Niederlanden kaum eine Friedensbewegung. Es gibt eine zivile Organisation PAX, die 2006 aus dem Zusammenschluss von Pax Christi und dem Zwischenkirchlichen Friedensrat entstanden ist. Sie hat also einen christlich-demokratischen Hintergrund. Sie konzentriert sich auf den Frieden im Allgemeinen. Sie orientiert sich an den Positionen der niederländischen Bourgeoisie und der EU. Sie richtet sich nicht gegen imperialistische Bündnisse. Ganz im Gegenteil, PAX betrachtet die NATO und die EU als „internationale Sicherheitsakteure“, die einen Beitrag zum „wirksamen Schutz

der Zivilbevölkerung vor Kriegsgewalt“ leisten können, und sucht daher auch die Zusammenarbeit mit diesen imperialistischen Bündnissen. Praktisch handelt es sich um eine Lobby-Organisation, die auch gelegentlich über Webinare oder durch die Entsendung von Freiwilligen oder Praktikanten über Frieden predigt. Trotz der Tatsache, dass sie das Wort „Aktivist“ verwenden, ist sie nicht auf die Organisation von Aktionen ausgerichtet. PAX wird fast vollständig von Regierungen und Organisationen subventioniert; nur 3 % der Einnahmen stammen aus privaten Spenden.

Darüber hinaus gibt es Initiativen für Aktionen oder Demonstrationen, wenn sich etwas ereignet, wie vor ein paar Jahren bei der imperialistischen Einmischung in Venezuela oder in jüngster Zeit bei der versuchten Einmischung in Kuba. Die NCPN und das CJB (Communistische Jongerenbewegung, Jugendverband der NCPN; d.Red.) schließen sich in der Regel solchen Initiativen an. Manchmal haben wir auch eine führende Rolle dabei. Aber diese Initiativen haben einen spontanen Charakter und sind begrenzt, sowohl was die Zahl der mobilisierten Menschen als auch ihre Dauer betrifft. Das schmälert jedoch nicht die Bedeutung der Fortsetzung solcher Bemühungen. Wir sammeln Erfahrungen, und sie tragen dazu bei, das Potenzial für die Schaffung einer wirklich organisierten Friedensbewegung zu schaffen. Bei diesen Initiativen können wir auch die Zusammenarbeit mit Komitees, Arbeiterorganisationen und Mitgliedern von Schwesterorganisationen in den Niederlanden suchen.

Im Zusammenhang mit der Verschärfung der zwischenimperialistischen Gegensätze wird über die Wiedereinführung der Wehrpflicht spekuliert, die von bestimmten politischen Kräften angestrebt wird. Es ist wichtig, dagegen anzukämpfen, nicht unter dem Gesichtspunkt einer prinzipiellen Position gegen die Wehrpflicht, sondern unter dem Gesichtspunkt der Erkenntnis, dass diese Wehrpflicht vom bürgerlichen Staat eingeführt wird, um junge Menschen als Kanonenfutter für die imperialistischen Pläne der herrschenden Klasse zu benutzen. Dies geht einher mit einer allgemeineren Tendenz zur Militarisierung, die sich neben den Plädoyers für die Wiedereinführung der Wehrpflicht auch auf vielfältige andere Weise manifestiert. Zum Beispiel die Präsenz von Werbung für die Streitkräfte in den Medien, aber auch zum Beispiel in Bildungseinrichtungen. Ganz allgemein wird den Streitkräften immer häufiger eine Bühne geboten, indem beispielsweise Militärangehörige in den Medien oder bei Gedenkfeiern sprechen.

Zudem werden die Befugnisse und die Bewaffnung von Boas (Sonderermittlungsbeamte, Anm. d. Red.), Polizei und Geheimdienst von der Regierung und der EU weiter ausgebaut. Die NCPN wird sich gegen die Militarisierung wehren, ein Kampf, der vor allem unter jungen Menschen wichtig ist.

Auf internationaler Ebene gibt es den Weltfriedensrat, dessen Erklärungen wir gelegentlich übersetzen und veröffentlichen. Inhaltlich geht es vor allem um Organisationen, in denen Kommunisten eine Vorreiterrolle spielen, d.h. die Widersprüche innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegungen kommen auch hier zum Ausdruck.

### **Das Beispiel der Ukraine**

Der imperialistische Krieg in der Ukraine und bestimmte Diskussionen über die Bewertung dieser Entwicklung werden etwas ausführlicher betrachtet.

Der Ausbruch des imperialistischen Krieges in der Ukraine ist das Ergebnis der eskalierenden Widersprüche zwischen verschiedenen imperialistischen Mächten. Zwei Völker, die einst im Sozialismus der Sowjetunion friedlich zusammenlebten, stehen sich nun in einem blutigen Krieg gegenüber. Von beiden Seiten, sowohl von Seiten der reaktionären ukrainischen Regierung und ihrer NATO-Verbündeten als auch von Seiten der kapitalistischen Russischen Föderation, werden falsche Vorwände vorgebracht, um den imperialistischen Krieg zu rechtfertigen. Aber im Grunde ist der Krieg auf beiden Seiten ein imperialistischer Krieg, der für die Interessen der Monopole geführt wird.

Die Konterrevolutionen und der Sturz des Sozialismus gingen mit dem Zerfall der Sowjetunion einher, woraufhin Russland und die Ukraine zu unabhängigen Staaten wurden.

Im Sozialismus kam es zu einer engen Zusammenarbeit in der gesamten Sowjetunion und insbesondere zwischen Russland und der Ukraine. Ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung im Osten des Landes spricht beispielsweise Russisch. Während vor der Sowjetunion die ukrainische Sprache unterdrückt wurde, führte die Sowjetunion eine Sprachpolitik ein, die es jedem ermöglichte, in seiner eigenen Sprache unterrichtet zu werden und ohne Chauvinismus stolz auf seine eigene Sprache zu sein.

Doch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus kam in beiden Ländern der bürgerliche Nationalismus wieder zum Vorschein. Faschistische Kräfte, die

gegen die Sowjetunion gekämpft hatten, wurden nach 1991 verherrlicht. Zum Beispiel Stepan Bandera in der Ukraine, der sich mit seiner Organisation OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) zahlreicher Pogrome gegen die polnische und jüdische Bevölkerung der Ukraine schuldig gemacht hatte. Dementsprechend wurde er in Nazi-Deutschland ausgebildet, um als Rammbock gegen die ukrainische Arbeiterklasse zu dienen. In ähnlicher Weise wird er nach der Konterrevolution von 1991 erneut eingesetzt.

Die Beziehungen zwischen der kapitalistischen Ukraine und dem kapitalistischen Russland sind voller Widersprüche. Einerseits konzentrierte sich ein Teil der ukrainischen Bourgeoisie hauptsächlich auf das euro-atlantische Kapital; andererseits blieben Teile der ukrainischen Bourgeoisie wirtschaftlich eng mit der russischen Bourgeoisie verbunden und machten gemeinsam große Profite auf dem Rücken der Arbeiter.

In der Zwischenzeit nahmen auch die Konkurrenz und die Widersprüche zwischen der NATO, den USA und der EU einerseits und Russland und seinen Verbündeten andererseits weiter zu, zum Teil beeinflusst durch das sich verändernde internationale Kräfteverhältnis und den Einfluss Chinas als (potenzieller) Verbündeter des russischen Kapitals.

Das euro-atlantische Kapital versuchte, angesichts solcher Entwicklungen seine dominante Position zu verteidigen und seine Interessen zu sichern. Ausdruck dessen ist auch die Erweiterung der NATO und die aggressive Strategie der Einkreisung Russlands mit der Errichtung von Militärbasen und der Abhaltung von Militärübungen immer näher an den russischen Grenzen. Mit der Zunahme des Antagonismus zwischen dem euro-atlantischen Block und Russland wuchs auch der Antagonismus innerhalb der ukrainischen Bourgeoisie und ihrer politischen Vertreter.

Im Jahr 2004 brach in der Ukraine die reaktionäre „Orangene Revolution“ aus, bei der der eher „prorussische“ Kandidat Janukowitsch nach der Wahl dem pro-euro-atlantischen Präsidenten Juschtschenko Platz machte, nachdem ihm Wahlbetrug vorgeworfen worden war. Mit der Wahl von Juschtschenko, einem Bankier, gewannen der pro-ukrainische Nationalismus und die Verherrlichung von Faschisten wie Bandera noch mehr Raum. Die mit diesen Kräften und Ereignissen verbundene antirussische Stimmung kam und kommt den

euro-atlantischen Imperialisten gelegen, insbesondere nach der kapitalistischen Wirtschaftskrise von 2008.

Dennoch kehrte Janukowitsch nach 2010 als Präsident an die Macht zurück. Beim sogenannten „Maidan-Aufstand“ im Jahr 2014, einem reaktionären Putsch mit offenkundiger ausländischer Einmischung, wurde er schließlich vom ukrainisch-nationalistischen Block gewaltsam gestürzt. Dieser Block eröffnete sofort den Angriff auf alles, was mit der Erinnerung an die Sowjetunion zu tun hatte, und führte auch eine Art Derussifizierungskampagne durch. Außerdem wurde die Kommunistische Partei der Ukraine verboten, das Parteibüro verwüstet und in Odessa ein Gewerkschaftshaus in Brand gesetzt, wobei Hunderte von Menschen ums Leben kamen. Faschisten agierten wieder offen auf den Straßen und in den Parlamenten und wurden als Helden bejubelt.

So wie die Erinnerung an die Sowjetunion in Russland für den russischen Nationalismus missbraucht wird, so nimmt der Antikommunismus und Antisowjetismus in der Ukraine eine antirussische Färbung an, so als wäre die Sowjetunion eine Art Fortsetzung des russischen Reiches gewesen. Vor allem in der Ostukraine, wo es unter anderem aufgrund wirtschaftlicher und kultureller Verbindungen engere Beziehungen zu Russland gibt, war die Bevölkerung nicht begeistert von der neuen Maidan-Regierung.

Die Pläne der neuen Regierung, einen Assoziierungsvertrag mit der EU zu unterzeichnen, und ihre Politik gegen die russische Sprache führten zu großem Widerstand in Teilen der Bevölkerung.

Dieser Assoziierungsvertrag hatte erhebliche wirtschaftliche Folgen für die Arbeiterklasse in der Ukraine, aber auch für Teile der Kapitalistenklasse, da er den ukrainischen Markt in großem Umfang für europäisches und amerikanisches Kapital öffnete und gleichzeitig alle möglichen Schranken gegen russisches Kapital errichtete. Der Widerstand gipfelte in der Schaffung so genannter „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk, die im Übrigen nichts mit den sozialistischen Volksrepubliken gemein haben. Obwohl sich dies in einem ethnisch-kulturellen Konflikt manifestierte, gab es dabei auch eine wichtige Klassenkomponente. Diese „Volksrepubliken“ vertraten die Interessen derjenigen Teile der Bourgeoisie in der Ukraine, die sich nicht mit dem antirussischen Nationalismus verbünden wollten und ein Interesse an wirtschaftlichen

Beziehungen zu Russland hatten. Teile der Arbeiterklasse, die sahen, dass die neue Maidan-Regierung einen offenen Angriff auf ihre Rechte unternahm, folgten ihnen dabei.

Die Russische Föderation reagierte auf den Putsch auf dem Maidan mit der Annexion der Krim. Die Haltung gegenüber den „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk war zögerlich, da das russische Kapital auch wirtschaftliche Interessen hatte, die mit dem westlichen und ukrainischen Kapital verflochten waren. Einerseits wurden diese „Volksrepubliken“ vom russischen Staat wirtschaftlich und militärisch unterstützt, andererseits wurden sie nicht wie die Krim politisch anerkannt oder eingegliedert, sondern der russische Staat erkannte das neue ukrainische Regime an und hielt sich an die Minsker Vereinbarungen.

Das russische und das ukrainische Kapital profitierten gemeinsam von den Pipelines durch die Ukraine und dem Handel mit Kohle und Stahl aus der Donbass-Region. Unter diesen Umständen tobte im Osten der Ukraine seit 2014 ein (Bürger-)Krieg. Die Minsker Vereinbarungen, gegen die ständig verstoßen wurde, führten nicht zu einer diplomatischen Lösung. Beeinflusst von den oben genannten Ereignissen eskalierte er schließlich mit dem Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine.

Unter dem Deckmantel der „Entnazifizierung“ der Ukraine versucht die russische Bourgeoisie, ihren Eroberungskrieg als ein und denselben Kampf darzustellen, wie ihn die Sowjetunion gegen Nazideutschland geführt hat, während Gruppen wie die „Rusich“-Gruppe<sup>27</sup> in diesem Krieg eingesetzt werden und Putin in seinen Reden offen den faschistischen Philosophen Iwan Iljin zitiert.

Ein weiterer wichtiger Vorwand für den Krieg lautet, dass Russland die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine verteidigen und die Unabhängigkeit der so genannten „Volksrepubliken“ sicherstellen will. Außerdem wünscht sich die russische Bourgeoisie eine „gerechte, multipolare“ Welt.

---

<sup>27</sup> Anmerkung Übersetzer: Gruppe Russitsch (oder Rusich) ist eine russische paramilitärische Organisation, die am Bürgerkrieg in Syrien, dem Krieg im Donbass und dem russischen Angriff auf die Ukraine beteiligt war. Ihr Wappen ziert ein goldenes Sonnenrad. Sie wird als rechtsextrem und neonazistisch beschrieben. Sie wurde 2009 gegründet und war mit der Wagner-Gruppe verbunden. Siehe bsplw Wikipedia.

Das bedeutet nichts anderes, als dass die russischen Imperialisten ihren „gerechten Anteil“ an der Ausplünderung der Welt einfordern.

Die russische Bourgeoisie beruft sich ebenso wie die Ukraine und ihre NATO-Verbündeten auf das Völkerrecht.

Von ukrainischer und NATO-Seite wird die Angelegenheit so dargestellt, als handele es sich um eine völlig unprovokierte Invasion Russlands. Russland und das russische Volk werden als von Natur aus aggressiv und kriminell dargestellt. Obwohl die ukrainische Bourgeoisie, die „Oligarchen“, viele Gemeinsamkeiten mit ihrem russischen Pendant haben, wird der Fall so dargestellt, als handele es sich um einen Kampf der „europäischen Zivilisation“ gegen die „russische Barbarei“. Diese alten rassistischen und reaktionären Ideen kommen wieder voll zur Geltung. Die Ukraine und die NATO, dieselbe NATO, die sich unzähliger imperialistischer Interventionen in Afghanistan, Libyen, Jugoslawien usw. schuldig gemacht hat, berufen sich ebenfalls auf das Völkerrecht. Offen faschistische Milizen wie das Asow-Bataillon wurden in die ukrainische Armee eingegliedert, und faschistische Parolen wie „Slawa Ukraini“ sind heute in der euro-atlantischen bürgerlichen Politik gang und gäbe.

All diese Vorwände sollen von der Tatsache ablenken, dass es in diesem Krieg objektiv um die gegensätzlichen Interessen der beteiligten imperialistischen Blöcke geht.

Russland benutzt selbst Nazi-Gruppen, um seine Interessen durchzusetzen, und hat die Arbeiterklasse in den so genannten Volksrepubliken zum Schweigen gebracht und sie in einen noch größeren Krieg hineingezogen.

Die ukrainische Bourgeoisie und ihre NATO-Verbündeten tragen ihrerseits große Schuld an diesem Krieg durch die zahllosen Provokationen und Drohungen gegen Russland, die Förderung antirussischer Stimmungen gegen Teile der Bevölkerung und die Ermordung unzähliger Menschen in der Donbass-Region.

Bei all dem nehmen die verschiedenen kommunistischen Parteien unterschiedliche Positionen ein:

Es gibt eine Strömung von Parteien, die eine Position vertreten, die faktisch darauf hinausläuft, die Invasion der russischen Bourgeoisie in der Ukraine zu

unterstützen. Diese Strömung argumentiert, dass Russland in der Ukraine „den Nazismus bekämpft“ und dass Kommunisten, die diese Invasion nicht unterstützen, objektiv auf der Seite der NATO stünden. Bezeichnenderweise gehen die Parteien dieser Strömung oft so weit, dass sie seit Ausbruch des Krieges mit nationalistischen, reaktionären und sogar faschistischen Kräften zusammenarbeiten.

Innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung gibt es auch Strömungen, die eine eher zentristische Haltung einnehmen und sich in erster Linie auf das Völkerrecht berufen. Wie bereits erwähnt, wird das Völkerrecht jedoch gleichzeitig von beiden Seiten als Vorwand für den Krieg benutzt. Das Völkerrecht als solches kann nicht die Grundlage für eine Verurteilung des Krieges sein, weil das Recht nicht die Grundlage für den Konflikt ist. Die Auslegung dieses Rechts ist dem Klassenkampf unterworfen und hat einen bürgerlichen Charakter. Außerdem sind die völkerrechtlichen Verhältnisse anders als zu Zeiten der Sowjetunion, der es gelang, bestimmte positive internationale Abkommen durchzusetzen.

Darüber hinaus gibt es kommunistische Parteien wie die Union der Kommunisten der Ukraine, die den Krieg als einen imperialistischen Krieg von beiden Seiten bezeichnen. Sie haben die gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die von der KKE (Griechenland), der TKP (Türkei), der PCTE (Spanien) und der PCM (Mexiko) verfasst wurde. Die Erklärung bezeichnet auch diesen Krieg als imperialistischen Krieg und ruft die Arbeiterklasse und das Volk auf, sich nicht für den einen oder den anderen Räuber zu entscheiden. Die Union der Kommunisten der Ukraine ruft dazu auf, „die Waffen gegen die eigene Bourgeoisie zu richten“ und diesen Kampf zwischen den Völkern zu einem Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem zu machen, das diese imperialistischen Kriege verursacht.

Die NCPN und CJB haben diese Erklärung unterzeichnet.



# **Leitlinien für unsere ideologische Arbeit zum Imperialismus und den Aufbau einer antiimperialistischen Friedensbewegung**

## **1. Ideologische Arbeit**

1.1. Unter der Verantwortung des ZK ist es vorrangig, kurzfristig Schulungen zu organisieren, die auf der leninistischen Imperialismuskonzeption und den von der Partei erarbeiteten Einschätzungen der aktuellen Entwicklungen basieren.

1.2. Der Kongress hat beschlossen, dass ein Entwurf für ein neues Parteiprogramm erarbeitet werden soll. Das ZK wird diese Arbeit fortsetzen und die entsprechenden Abschnitte zu den gegenwärtigen Verhältnissen auf der Grundlage der Erkenntnisse dieser Konferenz und weiterer Studien ausarbeiten.

1.3. In den kommenden Jahren wird unter der Leitung des ZK das Studium des Imperialismus und der aktuellen Entwicklungen im Rahmen der entsprechenden Kommissionen fortgesetzt. Insbesondere werden die folgenden Themen weiter untersucht werden:

- Aktuelle Entwicklungen im imperialistischen System.
- Die Klassenzusammensetzung der niederländischen Gesellschaft. Die Zusammensetzung des niederländischen Kapitals und die strategischen Entscheidungen der niederländischen Imperialisten. Aber auch die Zusammensetzung der niederländischen Arbeiterklasse und der Mittelschichten.
- Die Entwicklungen rund um imperialistische Bündnisse wie die NATO und die EU werden genauer untersucht. In populärwissenschaftlichen Artikeln werden der Charakter solcher Bündnisse und die schädlichen Auswirkungen auf den Lebensstandard und die Sicherheit der Arbeiterklasse dargelegt.
- Die Rolle Chinas in den internationalen Beziehungen wird eingehender untersucht. Die Position wird auf einer zukünftigen Konferenz entwickelt und verabschiedet.
- Die NCPN erforscht die Überbleibsel des heutigen Kolonialismus, insbesondere die Überbleibsel des niederländischen Kolonialismus in der Karibik.

In diesem Rahmen ist auch das Studium des Kolonialismus und der historischen Entwicklung dieses Phänomens erforderlich, wobei das Augenmerk auf dem Kolonialismus in der Zeit vor und während des Monopolkapitalismus liegt, sowie das Studium der historischen Entwicklung der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung im Kampf gegen den Kolonialismus.

- Die Kritik an opportunistischen und bürgerlichen Imperialismuskonzepten, die vom ideologischen Apparat der Bourgeoisie (Bildung, Medien usw.) produziert werden, wird weiter ausgearbeitet, ebenso wie ihr schädlicher Einfluss auf die soziale Bewegung. Dies wird auch in Artikeln und Propagandamaterialien popularisiert.

## **2. Arbeit zum Aufbau einer antiimperialistischen Friedensbewegung.**

2.1. Die NCPN wird sich auch in den kommenden Jahren für Initiativen gegen imperialistische Kriege und Interventionen und für den Frieden einsetzen. Die NCPN wird in den kommenden Jahren daran arbeiten, eine organisierte Friedensbewegung mit einer klassenorientierten, antiimperialistischen Ausrichtung aufzubauen.

2.2. Die NCPN lehnt jede Beteiligung oder Unterstützung des niederländischen Staates an imperialistischen Kriegen und Interventionen ab. Wir sind gegen Aufrüstung, Atomwaffen, Militarisierung und Ideen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, um die Jugend der niederländischen Arbeiterklasse als Kanonenfutter für die Pläne des niederländischen Großkapitals und der NATO verfügbar zu machen. Wir führen den ideologischen Kampf gegen Kriegstreiberei, Chauvinismus und Nationalismus.

2.3. Im Gegensatz dazu fördert die NCPN die Werte des proletarischen Internationalismus, der internationalen Solidarität und der Völkerfreundschaft. Zu diesem Zweck unterstützen oder organisieren wir nach besten Kräften internationale Solidaritätsaktionen.

2.4. Die NCPN zeigt den imperialistischen Charakter und die Gefahr von imperialistischen Bündnissen wie der NATO und der EU auf. Der Kampf für den Austritt der Niederlande aus imperialistischen Bündnissen ist mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden.

2.5. Die NCPN entlarvt die Heuchelei des Pazifismus und bekämpft den Einfluss der bürgerlichen pazifistischen Friedenslobby in der Friedensbewegung, die in Wirklichkeit die Linie der niederländischen Regierung und der imperialistischen Bündnisse, an denen die Niederlande beteiligt sind, unterstützt.

2.6. Die Initiativen der Parteien in der Friedensbewegung werden landesweit koordiniert, sind aber so weit wie möglich mit dem Aufbau von Parteiorganisationen und der Arbeit in den Betrieben und unter den Studenten verbunden.

2.7. In den kommenden Jahren wird die Partei im Geiste unserer antiimperialistischen Position Losungen entwickeln, die die Genossen in Friedens- und antiimperialistischen Initiativen verwenden können.

---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**